Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Nachdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsschluß, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 31. Oktober 1930

Der Machtkampf in Österreich.

Von Friedrich Austerlitz-Wien.

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

SPD. Die Wahlkämpfe gehen in dem kleinen Österreich nie geruhsam vor sich, und eine so bescheidene Stelle das Parlament im Volksbewusstsein auch einnimmt: eine Neuwahl des Nationalrats erregt doch immer die Leidenschaften. Es ist ein Machtkampf in den grössten Massen, und die Frage, die in diesen Wahlen entschieden werden wird, ist keine andere und keine geringere als die, ob Österreich den Weg einer demokratischen Republik einhalten und fortschreiten soll, oder ob es eine Beute reaktionärer und faschistischer Anschläge werden darf. Würde es den "Antimarxisten" gelingen, vorwärts zu stossen und das bisherige Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten beträchtlich zu verschieben, so könnte der Faschismus, der seit drei Jahren in Österreich herumschleicht, den offenen Vormarsch beginnen; gelingt es aber, ihm entscheidend Halt zu gebieten und die Partei, die sich ihm immer unverhüllter ergibt, die Christlichsozialen, zu schlagen, so wird es mit der Heimwehrherrlichkeit zu Ende sein und der Spuk, der die Menschen hierzulande seit Jahr und Tag narrt, wird bald verfliegen.

Unverkennbar hatte die Heimwehr im Herbst des vorigen Jahres den Plan, die angespannte Lage durch einen Handstreich zur "Lösung" zu bringen, der politischen und parlamentarischen Demokratie durch einen Putsch ein Ende zu bereiten. Äusserlich trat die Absicht in der Form einer "Revision" der Verfassung auf. Aber dass damals die Heimwehren als Generalissimus den bewährten Putschisten Pabst hatten und überhaupt in dem Geiste dieses Putschstrategen erzogen waren, hat ihre Begeisterung nach Verfassungsänderungen vorweg zweifelhaft gemacht. Und da sie unausgesetzt mit ihren Waffenbeständen protzen, so war es schon im vorigen Jahr nicht unklar, was die letzte und wirkliche Absicht der ganzen Heimwehrbewegung ist: eine Situation herbeizuführen, in der die normale Politik versagt, sich dann irgendwo der Staatsgewalt zu bemächtigen, in den Wirbel der konterrevolutionären Bewegung die Machtmittel des Staates - Heer und Gendarmerie - hineinzureissen, und so einen Augenblick der Überrumpelung, einer Augenblick der Hilflosigkeit der Gegenkräfte zu benützen, um die faschistische Umwälzung durchzusetzen. Dieser Plan ist den Heimwehren aber gründlich misslungen: die Arbeiterklasse hat es verstanden, die Gegenkräfte zu mobilisieren und hat eine so wilde, vor nichts zurückschreckende Entschlossenheit ahnen lassen, dass den Heimwehren und ihren Gönnern nichts übrig blieb, als den grossen Plan abzublasen und sich mit Paragraphen einer Verfassungsrevision zu begnügen, deren antidemokratischer Gehalt zwar nicht zu verkennen ist, die aber in der Gesamtentwicklung eines Landes doch geradezu nichts bedeutet. Anstatt des Pabst kam der Schober zur Regierung und aus den Umsturzplänen wurde ein landläufiges Regieren, das zwar schlechte Gesetze, aber nicht einmal eine Alleinherrschaft der bürgerlichen Parteien brachte. Das Fiasko der Heimwehren, die sich zu einem grossen Sprunge angeschickt hatten, endete sinnfällig darin, dass Pabst, der Österreich erobern wollte, aus Österreich geschafft wurde.

Aber das Gift schwärt noch im Körper und wenn auch eine ernstliche Putsch-

gefahr beseitigt ist, so ist dafür die faschistische Beunruhigung sozusagen chronisch geworden und zwar dadurch, dass sich die grösste bürgerliche Partei, die Christlichsozialen, den Heimwehren verschrieben hat. Dass eine so grosse Partei wie es die Christlichsozialen sind, eine Partei auch von geschichtlicher Wirksamkeit, ihre eigene Basis aufgibt, auf ihr Eigenleben verzichtet, davon leben will, dass sie sich einer fremden Bewegung unterordnet, das ist ohne Zweifel ein moralischer Niedergang. Aber der moralische Niedergang, den die Christlichsozialen auf sich nehmen, soll den politischen Niedergang verhindern, den die Christlichsozialen fürchten. Die schlichte Wahrheit ist, dass sich die Christlichsozialen nicht trauen, sich auf sich selbst zu verlassen, dass sie die begründete Vorstellung haben, von den Sozialdemokraten überrannt zu werden, dass sie aufhören werden, die grosse, sozusagen allösterreichische Partei zu sein und den Vorrang an die Sozialdemokratie abtreten werden müssen. Der Werbekraft des Klerikalismus misstrauend, der auf die Dauer selbst in einem reinkatholischen Land zur Parteibildung nicht ausreicht, und schlechthin unvermögend eine demokratische Linie einzuhalten, wie sie das deutsche Zentrum zu halten wenigstens versucht, hat Seipel den "Antimarxismus" erfunden - der nichts anderes ist, als die Aufpeitschung aller bürgerlichen Instinkte gegen die Arbeiterklasse, als die Raillierung aller an der ungestörten Erhaltung der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung beteiligten Menschen und Parteien zu einer einigen Front gegen die Partei der Arbeiter. Und so erkor sich Seipel die Heimwehr zum Sturm. Die Heimwehren sind aus mannigfachen Ursachen entstanden und ihre Ausbreitung danken sie wie alle diese Formationen, an denen ja auch in Deutschland kein Mangel ist, nicht zum wenigsten dem Umstand, dass sich die guten Deutschen, die so lange für das Militär geschwärmt haben, die Welt ohne Uniform nicht vorstellen können; aber zu einem, die normale politische Entwicklung beunruhigenden Faktor hat sie Seipel gemacht. Das Schicksal der Christlichsozialen ist Seipel weniger wichtig als die Stärkung der antimarxistischen Front; sein Verhältnis zu den Heimwehren ist kein anderes als das Hugenbergs zu den Nazis.

Und darum geht die Wahl: ob Österreich ein Staat normaler politischer Demokratie sein soll - und man weiss wie wenig Ertrag für die Arbeiterklasse diese normale politische Demokratie liefert - oder ob der "Antimarxismus" Trumpf werden darf. Was ist denn das, der Antimarxismus? Das ist vom Faschismus wirklich nur dem Grade nach verschieden. Denn der Antimarxismus ist in Wahrheit die Negierung der Gleichheit; wenn sie auch in die Verfassung eintragen müssen, dass die Staatsbürger vor dem Gesetze gleich sind, so bestreiten sie doch die Gleichheit des Anrechtes der Parteien: die Partei der Arbeiter möchten sie ächten und als Auswurf behandeln. Der Antimarxismus ist die freche Behauptung, dass die Partei der Arbeiter so minderwertig sei, wie die Arbeiter minderwertig seien, ist demnach die Inkarnation bürgerlicher Ueberheblichkeit - und die dringendste Aufgabe der sozialistischen Politik in allen Ländern ist im Augenblick, dem kapitalistischen Bürgertum die Vorstellung, dass es mehr sei als die Arbeiterschaft, gründlich auszutreiben. Der Faschismus mag weit sein, aber der Antimarxismus ist nahe: den müssen wir ausrotten. Denn der Antimarxismus ist der geheime Ausnahmezustand wider die Arbeiterpartei, der sich in allen Ritzen einnisten kann, ohne dass auch nur ein Gesetz verändert werden müsste. Und gegen diesen Antimarxismus, diesen Anruf aller reaktionären Tendenzen, diese Betätigung aller antisozialen Instinkte, geht der Kampf der österreichischen Arbeiterklasse. Sie kämpft ihn als Vortrupp des europäischen Sozialismus. Und deshalb würde ein Sieg, den sie am 9.November erficht, ein Sieg auch für alle sein.

SPD. München, 31.Oktober (Eig.Drahtb.)

Dem Lande Bayern sind nunmehr durch eine schriftliche Vereinbarung mit dem Reichsfinanzminister die Zinsen aus der Postabfindung in der Höhe von 5,6 Millionen für das laufende Haushaltsjahr garantiert. Die endgültige Regelung, an der auch andere Länder stark interessiert sind, wird dadurch nicht berührt. Durch die Vereinbarung konnte das Sanierungsgesetz der bayerischen Regierung am Freitag im bayerischen Landtag verabschiedet und der Etat 1930 ausgeglichen werden. Geschlossen für das Gesetz stimmten die Bayerische Volkspartei, die Sozialdemokraten, die Deutsche Volkspartei. Von den Deutschnationalen stimmten nur die Hälfte für das Gesetz. Der Bauernbund enthielt sich der Stimme. Die Hakenkreuzler beteiligten sich überhaupt nicht an der Abstimmung, während die 2 Kommunisten mit Nein stimmten. Mit 86 Ja-Stimmen ist die Mehrheit für das Sanierungsgesetz überraschend gross.

Die sozialdemokratische Fraktion begründete ihre zustimmende Haltung mit einer Erklärung, in der es heisst: "Das Sanierungsprogramm kann zwar im einzelnen vielfach nicht befriedigen. Zum ersten Male sind aber die Forderungen der sozialdemokratischen Partei grundsätzlich anerkannt. Die Gesetzesvorlage enthält den Abstrich von einer Million an den freiwilligen Leistungen des Staates für die Kirchengesellschaften und die Regierungserklärung gibt die Gewähr für weitere entsprechende Einsparungen bei diesem Etattitel in der Zukunft. Die Schlachtsteuer hat wesentliche Verbesserungen erfahren, insbesondere in der Richtung des Verbraucherschutzes, der Sicherung des Absatzes der inländischen Fleischwarenindustrie und der Interessen ihrer Arbeiter. Die entsprechende Beteiligung der Gemeinden an dem Aufkommen ist sichergestellt. Es besteht die Möglichkeit, dass Regierung und Landtag auf dem Grunde eines nicht nur dem Scheine nach ausgeglichenen Haushaltes wie andere deutsche Länder sich mit Eifer der Arbeitsfürsorge und der Durchführung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms zuwenden können. Die Not ist so gross und unsere Wirtschaft bedarf so dringend jeder, auch der kleinsten Hilfe, dass wir als Vollstrecker des Willens einer verantwortungsbewussten Partei nicht abwarten konnten, bis unsere Forderungen restlos erfüllt sind. Wir betrachten aber das, was der Landtag jetzt beschliesst, als Abschlagszahlung auf unsere Forderungen."

SPD. Die in Köln von den Kommissionen der Gewerkschafts- und Sozialistischen Arbeiterinternationale angenommene Entschliessung gegen den Faschismus hat folgenden Wortlaut :

"Der italienische Faschismus, der jede geistige Bewegungsfreiheit vernichtet hat, wird immer offener von den reaktionärsten Gruppen aller Länder als Vorbild gepriesen, obwohl die Wirtschaft Italiens einer Katastrophe zutreibt und das Land zum Zentrum der Kriegsgefahr geworden ist. Die Methode der Vergewaltigung der Mehrheit des Volkes, der zynische Gewaltstreich als bestes Mittel zur Austragung politischer Kämpfe, findet immer mehr Nachahmung. Eine Welle der Reaktion geht durch Europa, unverhüllt wird der Demokratie der Kampf angesagt.

Die Wahlen in Finnland haben bewiesen, dass trotz alles Terrors der Lappoleute die grosse Mehrheit des Volkes am demokratischen Parlamentarismus festzuhalten gewillt ist. Diese deutliche Kundgebung des Volkswillens haben die Faschisten mit der gewaltsamen Verschleppung des freisinnigen früheren Staatspräsidenten beantwortet. Das Misslingen dieser Schandtat hat die Hüllen von einer grossen Konspiration fallen lassen, der Plan des Staatsstreiches gegen die demokratische Verfassung ist offenkundig geworden.

Pilsudski, der sich seit Jahren durch die niedrige Art seiner Bekämpfung des Parlamentarismus und dessen Repräsentanten vor aller Welt blossgestellt hat, lebt sich nun in noch nie dagewesenen Terrorakten gegen die unzweifelhafte Mehrheit des polnischen Volkes aus. 68 Abgeordnete, ein volles Viertel aller Oppositionsparteien des aufgelösten Sejm, sind in den Kerker geworfen worden. Man will sie verhindern, am Wahlkampf teilzunehmen und versucht, Erklärungen

des Verzichts auf die Kandidatur zum Sejm zu erpressen. Sie sind von der Aussenwelt vollständig abgeschnitten, ihr Schicksal ist unbekannt, ja man weiss nicht, ob noch alle am Leben sind.

Ebenso ergeht es Tausenden anderer Inhaftierten, unter denen sich die bekanntesten Vertrauensmänner der Arbeiterklasse, wie der Vorsitzende der Gewerkschaften, Kwapinski, befinden. Unbekümmert um das Urteil der Welt schreckt Pilsudski vor keiner Gewalttat zurück. Die berüchtigten "galizischen Wahlen" unter dem habsburgischen Regime werden weitaus in den Schatten gestellt, durch das was sich gegenwärtig in Polen vollzieht. Freiheitsberaubung wie unter den Romanoffs, wahlbetrug wie unter den Habsburgern, das ist die Synthese, die Pilsudski verwirklicht hat, durch die er den Ausdruck des Volkswillens in den Wahlen zu fälschen hofft. Der Sieg der polnischen Demokratie über Pilsudski würde die Wiederherstellung des unabhängigen Polens als Glied eines demokratischen Europas bedeuten, des unabhängigen Polens, für das die internationale Arbeiterbewegung stets eingetreten ist.

In die reaktionäre Minderheitsregierung in Österreich haben die Christlichsozialen zwei Führer der Heimwehren, die im Parlament bisher überhaupt nicht vertreten sind, berufen. Ihnen wurde das Ministerium des Inneren und der Justiz ausgeliefert. Die erste Erklärung des "Fürsten" Starhemberg, des neuen Minister des Inneren, war, dass diese Minderheitsregierung gesonnen sei, im Amte zu bleiben, auch wenn die Wahlen gegen sie entscheiden. Inzwischen werden alle leitenden Beamtenposten mit verlässlichen Elementen der Faschisten besetzt. Der Amtsantritt des neuen Generaldirektors der Bundesbahnen und die gleichzeitige ungesetzliche Sistierung der Parlamentskommissäre für das Heerwesen haben eine Welle tiefster Beunruhigung erzeugt. Kaum hatte die Aussprache im Unterausschuss des Nationalrates die öffentliche Meinung einigermassen darüber beruhigt, dass ein reaktionärer Putsch nicht unmittelbar bevorstehe, als der Heimwehrminister Starhemberg daran ging, den Beamtenstab des Polizeipräsidiums durch Elemente zu ersetzen, die zu allen reaktionären Untaten bereit sind.

Die Grossjährigkeitserklärung des Otto Habsburg, die im November erfolgen soll, mahnt nicht nur die Arbeiter Ungarns, sondern ganz Mitteleuropas zur strengsten Wachsamkeit. Ein Königsputsch in Ungarn, zu dem intensive Vorbereitungen von den Legitimisten getroffen werden, bedeutet nicht nur einen neuen Vorstoss der Reaktion in Mitteleuropa, sondern ernsteste Kriegsgefahr.

In Deutschland haben die Vertreter der reaktionären Demagogie bei den Wahlen grossen Zulauf erhalten. Ihr Spiel mit Diktatur und Putsch kann Deutschland in den kommenden Monaten vor ernste Gefahren stellen. Die deutsche Sozialdemokratie hat es aber in dieser ausserst schwierigen Situation bisher vermocht, die faschistischen Bestrebungen zu durchkreuzen. Die internationale Arbeiterbewegung spricht ihr den Dank aus, dass sie in dieser Periode reaktionärer Vorstösse mit vollem Bewusstsein die Verteidigung der Demokratie zum Angelpunkt ihrer Taktik im tiefsten Klasseninteresse des Proletariats gemacht hat.

Die Arbeiter Österreichs und Polens gehen in den nächsten Wochen in den Wahlkampf. Die heissesten Wünsche der gesamten internationalen Arbeiterbewegung begleiten sie, ihr Kampf ist ein wesentlicher Teil des grossen Kampfes, den die Arbeiterklasse zu führen hat, um die Voraussetzungen ihrer gewerkschaftlichen und politischen Arbeit zu sichern, des Kampfes um die Erhaltung der Demokratie.

Das Schicksal der Arbeiter aller Länder ist untrennbar miteinander verbunden, es fordert in höherem Grade wie jemals früher tätige internationale Solidarität. Die Arbeiterbewegung jedes Landes hat die Pflicht, alles aufzubieten, um die Bourgeoisie zu verhindern, die Länder der Diktatur und der faschistischen Gefahr durch Anleihen oder durch andere Formen finanzieller Hilfe zu unterstützen. Die demokratischen Elemente in allen Ländern müssen geschlossen dem Block der faschistischen Diktaturen entgegentreten.

In dieser Periode bedrohlicher faschistischer Vorstösse rechnen der

I.G.B. und die S.A.I. auf Wachsamkeit und Klugheit, Mut und Entschlossenheit der Arbeiter der bedrohten Länder und sie fordern die Arbeiter aller anderen Länder auf, den Kampf gegen den Faschismus mit allen geeigneten Mitteln zu unterstützen."

SPD. Warschau, 31.Oktober (Eig.Drahtb.)

Der Wahlterror der polnischen Regierung wendet sich neuerdings auch mit voller Schärfe gegen die deutsche Minderheit. In den Wahlkreisen Graudenz und Wloc-Lawek wurden jetzt die Kandidatenlisten der deutschen Wahlgemeinschaft, in der alle deutschen Gruppen vereinigt sind, für ungültig erklärt. In Graudenz, wo bei der letzten Parlamentswahl allein rund 30 000 deutsche Stimmen abgegeben wurden, erfolgte die Annullierung mit einer besonders fadenscheinigen Begründung. Angeblich soll die vorschriftsmässige Mindestzahl von 50 Unterschriften nicht vorgelegen haben. Tatsächlich war der Wahlvorschlag von 100 Personen unterschrieben, die alle Bürgerrechte besitzen. 54 von ihnen wurden einfach als nicht wahlberechtigt erklärt.

Von den beiden bisherigen deutsch-sozialistischen Abgeordneten ist der eine dieser Tage zu sechs Monaten Zuchthaus verurteilt worden, während der andere sechs Wochen vor der Wahl zum Heeresdienst einrücken musste. In Polen und Kempen sind jetzt zwei deutsche Redakteure aus nichtigen Gründen ausgewiesen worden. Der eine von ihnen ist zu einer Geldstrafe von fünf Zloty verurteilt worden. Das genügte um ihn des Landes zu verweisen.

SPD. München, 31.Oktober (Eig.Drahtb.)

Hitler hat bestritten, dass er sich 1919 zur Mehrheitssozialdemokratie bekannte. Sein Dementi ist aber völlig unglaubwürdig. Diejenigen, die damals in der Kaserne Zeugen seines Bekennermuts gewesen sind, halten ihre Behauptungen im einzelnen aufrecht und Hitler weiss zur Widerlegung kein sachliches Wort zu erwidern. Noch peinlicher sitzt sein Intimus, der Fememörder Heines, in der Tinte. Die "Münchener Post" teilt jetzt mit, dass Heines nach dem Krieg ungefähr um die gleiche Zeit wie Hitler nicht nur Anhänger, sondern eingeschriebene Mitglied der sozialdemokratischen Partei war.

SPD. In der Frage der Weiterzahlung der Polizeigelder an Braunschweig hat der Reichskanzler folgendes Telegramm an das Staatsministerium in Braunschweig gerichtet :

"Der Herr Reichsminister des Innern hat mir von dem Inhalt des Schreibens Kenntnis gegeben, das er am 27.d.M. an die braunschweigische Regierung gerichtet hat und in dem er zum Ausdruck bringt, dass er sich die Entscheidung über die weitere Auszahlung der auf das Land Braunschweig entfallenden Zuschüsse zu den Polizeikosten zunächst vorbehalten müsse. Nachdem die Angelegenheit zum Gegenstand einer Aussprache innerhalb der Reichsregierung gemacht ist, beehre ich mich mitzuteilen, dass auch das Reichskabinett sich die endgültige Entscheidung vorbehält. Für die Regelung des Zwischenzustandes ist der Herr Reichsminister des Innern zuständig, der hierüber gleichzeitig besondere Mitteilung macht."

In Ergänzung der vorstehenden amtlichen Verlautbarung lässt der Reichsminister des Innern mitteilen, dass "in der Zwischenzeit in der Auszahlung der Polizeigelder eine Unterbrechung nicht eintritt". Tatsächlich sind aber die November-Zuschüsse für Braunschweig bis Donnerstag-Abend dieser Woche nicht abgegangen, eine Sperre war also bereits eingetreten. Insofern kann keine Rede davon sein, dass in der Auszahlung der Gelder noch keine Unterbre-

chung eingetreten war.

Sachlich ist zu dem Vorgehen des Reichsinnenministers zu sagen, dass der Fall Franzen in Braunschweig etwas anders gelagert ist als der Fall Frick in Thüringen. In Thüringen sind im Einverständnis und mit Wissen des Polizeiministers Frick innerhalb der Polizei nationalsozialistische Zellen gebildet worden. Insofern war die Sperre der Polizeizuschüsse durch das Reich aus staatserhaltenden Gründen notwendig. Von der braunschweigischen Polizei kann vorläufig weder das gleiche noch ähnliches behauptet werden. Dem Konflikt des Reichsinnenministers mit Braunschweig liegt zunächst in erster Linie ein persönliches Delikt des dortigen Polizeiministers Dr. Franzen zugrunde, dessen gerichtliche Klärung vorerst noch aussteht!

SPD. Braunschweig, 31.Oktober (Eig.Dr.)

Der braunschweigische Nazi-Minister Franzen hat am Freitag sieben Schulräte, von denen fünf der Sozialdemokratischen Partei angehören, in Pension geschickt. Der Schulrat von Blankenburg a.H. ist erst vor 6 Tagen auf Anweisung der Regierung Franzen-Küchenthal mit seiner Familie nach Blankenburg verzogen, um dort eine neue Stellung anzutreten. Kaum in Blankenburg angelangt, wurde er seines Amtes enthoben. Was stören den Nazi-Mann Franzen die dem Staat durch den Umzug entstandenen Kosten, was die Neuaufwendungen an Pensionen für die entlassenen Beamten.

Der Abbau von Schulräten ist als Racheakt des Ministers Franzen aufzufassen.

SPD. Frankfurt/M., 31.Okt. (Eig.Drahtb.)

In dem Aufruhrprozess, der in den letzten Tagen vor dem Grossen Schöffengericht in Frankfurt/Main gegen eine Reihe von Kommunisten verhandelt wurde, verurteilte das Gericht den kommunistischen Abgeordneten des Preussischen Landtags Oskar Müller zu M 150.-- Geldstrafe. Vier Angeklagte erhielten wegen tätlicher Angriffe auf Polizeibeamte je 1 Monat Gefängnis. Vier Angeklagte wurden freigesprochen.

SPD. Schwerin, 31.Oktober (Eig.Drahtb.)

Die Sozialdemokratische Fraktion hat im mecklenburgischen Landtag beantragt, an die amtsfreien Städte und Ämter zum Zwecke der Gewährung einer einmaligen Weihnachtsunterstützung an die ausgesteuerten Erwerbslosen und die nicht in der gehobenen Fürsorge sich befindlichen hilfsbedürftigen Personen einen Betrag von 300 000 Mark zu überweisen. Die Überweisung soll allerdings nur unter der Voraussetzung erfolgen, dass die Gemeinden, soweit sie in der Lage dazu sind, für den gleichen Zweck und den gleichen Personenkreis mindestens 25 % der ihnen vom Staate überwiesenen Summe aus eigenen Mitteln noch von sich aus zur Verfügung stellen.

Ausserdem hat die sozialdemokratische Fraktion mit Rücksicht darauf, dass die Arbeitslosigkeit auch in Mecklenburg ausserordentlich gestiegen ist und die bisher von der Regierung zur Verfügung gestellten Mittel sich als unzureichend erwiesen haben, beantragt, grössere Mittel zur Beschaffung von Arbeit bereitzustellen.

SPD. Der Preussische Justizminister Dr. Schmidt hat die ihm nachgeordneten Behörden angewiesen, Strafanträge, die Dr. Frick auf Grund des Republikschutzgesetzes stellt, nicht zu befolgen..

SPD. Paris, 31.Oktober (Eig.Drahtb.)

Der Beginn der Herbsttagung des französischen Parlamentes scheint wesentlich ruhiger ablaufen zu wollen, als es nach der Erregung der Gemüter durch den Ausfall der deutschen Reichstagswahlen und die scharfe Kampfansage des radikalen Parteitages gegen Tardieu zunächst den Anschein hatte. Zu dieser Entspannung hat vor allem die Tatsache sehr viel beigetragen, dass der neue Deutsche Reichstag dank der Sozialdemokratie und trotz Hitler und Hugenberg vorläufig ein vernünftiges Gesicht gezeigt hat.

An sich ist unter den Parteien vereinbart, dass die Parlamentstagung mit einer grossen aussenpolitischen Debatte, die voraussichtlich die ganze nächste Woche ausfüllen würde, beginnen soll. Ohne Briand aber wäre dieser Plan nicht durchzuführen. Der Rechten wäre es allerdings nicht unerwünscht, dem kranken Aussenminister in seiner Abwesenheit kräftig die Meinung zu sagen, gleichzeitig aber dem Ministerpräsidenten Tardieu ihr Vertrauen aussprechen zu können. Auch Tardieu selbst würde diese Lösung vielleicht nicht ungern gesehen haben, zumal er erkannt zu haben scheint, dass die einzige Mehrheit, auf die das Kabinett unbedingt rechnen kann, für Briands Aussenpolitik ist. Die Linke aber hat schon angekündigt, dass sie die aussenpolitische Debatte ohne Briand nicht zulassen werde. Man kann sicher sein, dass dieser loyale Antrag durchgehen wird, zumal auch die Mittelparteien dafür eintreten.

An die Spitze der Herbsttagung würde dann die Diskussion über die Katastrophenserien in der französischen Fliegerei treten. Wenn auch hier durch die Propagandawirkung des Amerika-Fluges von Costes und Bellonte die Regierung nicht unmittelbar gefährdet ist, so dürfte ihre Mehrheit doch sehr stark zusammenschrumpfen. Dieser Prestigeverlust könnte ihr im Senat gefährlich werden, wo die Opposition einen Angriff gegen die allgemeine Innenpolitik vorbereitet. Schon in der Sommertagung hat das Oberhaus des französischen Parlamentes aus seiner Misstimmung gegen Tardieus innerpolitische Schneidigkeit sehr wenig Hehl gemacht, sodass die Regierung bei der letzten Abstimmung nur noch eine Mehrheit von fünf Stimmen davontragen konnte. Da Tardieu aber während der Ferien die "Reinigungsaktion" in den hohen Verwaltungsstellen fortgesetzt und eine ganze Reihe radikaler Präfekten abgesetzt hat, dürfte sich das Missvergnügen des Senats stark gesteigert haben. Die Möglichkeit eines Misstrauensvotums ist jedenfalls nicht von der Hand zu weisen. Der Angriff gegen Tardieu wird von dem radikalen Senator Hery geführt, der den Ruf eines ausserordentlich geschickten Taktikers besitzt.

SPD. Aus den bisherigen Veröffentlichungen über die Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses hat man bereits erfahren, dass die Nationalsozialisten sich bei dem Antrag der Kommunisten auf Austritt aus dem Völkerbund der Stimme enthalten haben, obwohl sie bisher keine Gelegenheit vorübergehen liessen, ohne die deutsche Aussenpolitik zu schmähen, weil sie den Eintritt in den Völkerbund vollzogen habe.

Der Auswärtige Ausschuss aber hatte auch über die Anträge zur Reparationsfrage zu entscheiden, die ihm von der Vollversammlung des Reichstags überwiesen worden sind. Es kamen fünf Anträge in Betracht, für die im Grunde genommen eine Mehrheit vorhanden war. Die Parteien, die die Anträge auf Aufhebung der Youngzahlungen, bezw. ihre Revision, eingebracht hatten, verfügen über 16 von insgesamt 28 Stimmen. Trotzdem sind alle Anträge abgelehnt worden. Die Parteien

die draussen vor der Öffentlichkeit alles Wirtschaftselend auf die Reparationsverpflichtungen zurückführen, haben also, obwohl sie die Möglichkeit dazu hatten, nichts getan, um ihre Forderungen zu verwirklichen.

Das gilt in erster Linie von den Nazis. "Zerreisst den Youngplan!", das war und ist die Losung, mit der sie Millionen Wähler eingefangen haben. "Hinweg mit den Haager Gesetzen, die Deutschlands Zukunft vernichten sollen!" Hinweg mit dem Fetzen Papier!.....Wir werden vor dem Staatsgerichtshof des neuen Reichs die Köpfe derjenigen fordern, die die Younggesetze in vollkommener Missachtung der deutschen Lebensnotwendigkeit unterzeichnen werden!" So rief Gregor Strasser in der Reichstagssitzung vom 12.März 1930.

Jetzt hatten die Nationalsozialisten die Möglichkeit, nach diesen grossen Worten zu handeln. Dem Auswärtigen Ausschuss lag ein Antrag der Kommunisten vor der kurz und bündig erklärte:

"Alle Zahlungen auf Grund des Youngplanes sind mit sofortiger Wirkung einzustellen."

Das entspricht in jeder Hinsicht der nationalsozialistischen Forderung. Denn am 19.November 1928 hatten die Nationalsozialisten im Reichstags beantragt,

"Die Reichsregierung zu ersuchen, mit Rücksicht auf die wachsende Not des schaffenden deutschen Volkes die Zahlungen aus dem Dawesplan einzustellen und sie den Arbeitslosen, den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, den Sozial- und Kleinrentnern, den Inflationsopfern und den sonstigen entrechteten und verelendeten Volksgenossen, insbesondere dem notleidenden Landvolk, zukommen zu lassen."

Trotzdem sorgten die Nationalsozialisten in der letzten Sitzung des Auswärtigen Ausschusses durch ihre Abstimmung dafür, dass die Zahlungen nicht eingestellt, dass sie weiter geleistet werden, dass die dafür erforderlichen Mittel nicht zur Linderung der Not zur Verfügung gestellt werden könne.

Kaum sechs Wochen sind seit dem Wahltage vergangen. Sie haben genügt, um die Nationalsozialisten zu veranlassen, in jeder Frage das Gegenteil von dem zu tun, was sie den Massen versprochen haben. "Zerreisst den Youngplan!", so hiess es früher. Jetzt heisst es: "Erhaltet den Youngplan!" Denn jetzt will man an die Macht. Und da buhlt man mehr um die Gunst des Auslandes, als um die des notleidenden deutschen Volkes.

SPD. Im Preussischen Landtag beriet am Freitag der Unterausschuss des Hauptausschusses über die gesetzliche Regelung der Kürzung der Abgeordnetendiäten, die mit Wirkung vom 1.Dezember ab in Kraft tritt. Einem bereits gefassten Beschluss entsprechend soll gesetzlich festgelegt werden, dass die monatlichen Diäten für Landtagsabgeordnete nicht mehr 750 Mark, sondern nur noch 600 Mark betragen sollen. Für die Wahrnehmung von Ausschussberatungen an plenarsitzungsfreien Tagen sollen nicht mehr 25 Mark, sondern nur noch 10 Mark gewährt werden. Kommt bei einer Vertagung nur noch ein Tag als plenarsitzungsfrei in Frage, so soll für Ausschussberatungen an diesem Tage eine besondere Vergütung entfallen. Für die Regelung der Entschädigung der Staatsratsmitglieder will man eine Vorlage der Staatsregierung abwarten.

SPD. Rom, 31.Oktober (Eig.Drahtb.)

Die Arbeitslosigkeit in Italien ist selbst nach der letzten offiziellen Statistik stark gestiegen. Verzeichnet werden 302 000 Arbeitslose, das sind allein 163 000 mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres. In Wirklichkeit dürfte die Zahl der Arbeitslosen Italiens jedoch weit über eine Million betragen.

SPD. Genf, 31.Oktober (Eig.Drahtb.)

Das Internationale Arbeitsamt hat am Freitag an seine Mitgliedsstaaten einen Fragebogen über die Erwünschtheit und die Bedingungen einer internationalen speziellen Regelung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau gerichtet.

Die Arbeitskonferenz hatte im Juni einen Konventionsentwurf über eine erste Herabsetzung der Arbeitszeit in Kohlenbergwerken auf 7 3/4 Stunden täglic ausgearbeitet. Nachdem dieser Vorschlag zuerst angenommen worden war, fand er in der Schlussabstimmung nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit. Gleich darauf beschloss die Konferenz mit überwältigender Mehrheit, die Frage der Arbeit zeit in den Kohlenbergwerken auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung von 1931 zu setzen. Wegen dieser neuen Beratungen befragt nun das Internationale Arbeitsamt die Regierungen. Auf der Basis der Antworten wird das Internationale Arbeitsamt einen Bericht herausgeben und der Konferenz im Jahre 1931 einer oder mehrere Vorschläge für eine Konvention unterbreiten.

Der Fragebogen an die Regierungen enthält nicht weniger als 22 Fragen, in denen alle Probleme des Kohlenbergbaus behandelt und folgende Gesichtspunkte berücksichtigt werden: Prinzipien einer internationalen speziellen Regelung für die Dauer der Arbeitszeit in Kohlenbergwerken, Anwendungsbereich sowohl für Bergwerke wie für das Personal, Grenzen der Dauer der Arbeit, Sonntags- und Feiertagsarbeit, Befragung der interessierten Organisationen, Ausführungs- und Kontrollbestimmungen, Inkrafttreten der Reglementation. Was die Dauer der Arbeitszeit der Bergarbeiter betrifft, so werden die Regierungen gefragt, welches nach ihrer Meinung die tägliche Grenze dieser Arbeitszeitdauer sein soll und ob sie für eine Arbeitszeit von 7 Stunden, von 7½ oder von 7 3/4 oder gar acht Stunden sind.

SPD. Prag, 31.Oktober (Eig.Drahtb)

An der tschechisch-österreichischen Grenze sind seit 2 Tagen die Bahnhöfe und Landstrassen auf österreichischer Seite von österreichischer Gendarmerie stark besetzt. Als Grund wird Waffenschmuggel aus der Tschechoslowakei angegeben. Von anderer Seite wird behauptet, dass durch die Zusammenziehungen der Gendarmerie eine Aktion der Heimwehr verdeckt werden soll und der Innenminister Starhemberg die österreichische Sozialdemokratie kurz vor den Wahlen des Hochverrats und des Waffenschmuggels beschuldigen will.

SPD. Paris, 31.Oktober (Eig.Drahtb.)

Der französische Gelehrte George Claude, dem es gelungen ist aus den Unterschieden der Meerwasser-Temperaturen Elektrizität zu gewinnen, ist am Freitag nach Frankreich zurückgekehrt und hat einige Erklärungen über die Fortschritte seiner Werke gemacht.

Vor allem richtete sich Claude gegen den vielfach erhobenen Einwand, dass sein Verfahren unwirtschaftlich sei. Freilich hätten die bisherigen Experimente denn um solche habe es sich bisher gehandelt, in den kleinen Ausmassen, in denen sie unternommen wurden, keine wirtschaftlichen Gewinne ergeben. Das neue Werk jedoch, dessen Bau in San Diego da Cuba im Gange sei, und das die Ausnutzung von 24 Wärmegraden zur Grundlage haben werde, verspreche eine Produktion von 25 bis 30 000 Kilowatt. Es werde sich hier beweisen, dass das neue Verfahren imstande sei, die Rentabilität der wirtschaftlichsten hydraulischen Stationen um 30 bis 40 Prozent zu übertreffen.

George Claude ist nach Frankreich gekommen, um hiesige Finanzkreise für sein neues Werk zu interessieren, dessen Konstruktion sich auf die enorme Summe von drei bis vier Millionen Dollar stellt. Über die Möglichkeiten der

Ausnutzung seines Verfahrens im Dienste Frankreichs und seiner Kolonien befragt, äusserte Claude, dass sich hierfür die Elfenbeinküste in Afrika am besten eignen würde. Es ist anzunehmen, dass in den demnächst stattfindenden Verhandlungen diesbezügliche grosse Kolonialprojekte zur Diskussion gelangen.

SPD. Das Preussische Handelsministerium teilt mit, dass seine Verhandlunge über die Senkung der Kleinverkaufspreise von Salonbriketts und Halbsteinen dazt geführt haben, dass die von dem Braunkohlenbergbau zugestandene Senkung der Preise in vollem Umfange den Konsumenten zugute kommt und darüber hinaus die Handelsspanne verringert wird. Im Vertrauen auf die programmatischen Erklärunge der Reichsregierung hat sich der Kohlenhandel in Berlin bereit erklärt, unter Verzicht auf die in Aussicht genommenen Winterpreise die bisherige Notierung für die Monate November und Dezember wie folgt zu senken: Es wird ermässigt der Preis für gepackte Salonbriketts von 1,85 auf 1,78 Mark, geschüttete Salonbriketts von 1,81 auf 1,74 Mark, Halbsteine von 1,81 auf 1,73 Mark je Zentner frei Haus.

\+ + +

Wir bestätigen dem Kohlenhandel und dem Handelsministerium nochmals, dass die durchgeführte Preissenkung durchaus unzulänglich ist. Eine Revision der Handelsrabatte und eine Abschaffung des Preisschutzes im Kleinhandel muss zu ganz erheblicheren Preissenkungen führen. Es ist zu erwarten, dass der Reichswirtschaftsrat nach dieser Richtung noch bestimmte Vorschläge macht.

SPD. Genf, 31.Oktober (Eig.Drahtb.)

Der Schweizer Flieger Mittelholzer wird am 10.Dezember einen neuen Afrika-Flug unternehmen, der ihn von Westen nach Osten bringen soll. Von Dübendorf wird Mittelholzer über Spanien, Marokko, die Goldküste nach dem Senegal fliegen, von wo er Afrika überqueren wird, bis zum Tsad-See. Die "Schweitzerland", der grosse dreimotorige Fokkerapparat, wird dann über Belgisch-Kongo zum Viktoria-Nyassa-See fliegen, in dessen Nähe der Flieger 1927 sich drei Wochen lang aufgehalten hat. Von diesem See wird Mittelholzer nach Mambassa fliegen, an der Küste des Indischen Ozeans, und vorher einen Besuch in der Steppe von Serengadi machen, wo er im letzten Winter fünf Wochen mit der Jagdexpedition des Barons Rothschild verbracht hat. Die Rückkehr von Mombassa nach der Schweiz wird ebenfalls mit dem Flugzeug "Schweizerland" vorgenommen, und zwar geht sie über das Abessinische Hochgebirge, von dem Mittelholzer eine grosse Anzahl wissenschaftlicher Photographien machen will, dann über Ägypten nach dem Mittelländischen Meer, das Mittelholzer bereits ein halbes Dutzendmal überflogen hat. Der gesamte Flug ist finanziert von einem amerikanischen Grosskapitalisten der auch an der Reise selbst teilnimmt.

SPD. Altona, 31.Oktober (Eig.Drahtb.)

Am Freitag abend um 6 Uhr wurde im Altonaer Bombenlegerprozess das Urteil verkündet. Die Angeklagten Rehling, von Salomon und Frau Holländer wurden freigesprochen. Klaus Heim und Herbert Volk erhielten jeweils sieben Jahre Zuchthaus, Vick 6 Jahre, Schmidt fünf Jahre sechs Monate, Becker 5 Jahre 3 Monate, Johnson und Hennings je 5 Jahre 3 Monate, Luhmann 5 Jahre, Rathjen und Manecke je 1 Jahr und Rieper 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus. Nickels wurde zu 2 Jahren 6 Monate Gefängnis, Wiborg zu 1 Jahr 3 Monate, Holländer vier Monate und Bossen zu viereinhalb Monaten Gefängnis verurteilt. Hamkens wurden 500 Mark Geldstrafe zudiktiert, Weschke und Matthes je 50 Mark.

Das Gericht ist mit dem Strafmass im allgemeinen unter die Anträge des

Staatsanwalts herunter gegangen. So waren für Heim zehn Jahre Zuchthaus beantragt, Nickels 7 Jahre Zuchthaus, Rehling ein Jahr Zuchthaus, Johnson 7 Jahre Zuchthaus, Weschke 5 Jahre 1 Monat Zuchthaus, Manecke 5 Jahre Zuchthaus, Holländer ein Jahr Zuchthaus, Rieper 5 Jahre Zuchthaus usw. Andererseits ist das Gericht in einigen Fällen über die Anträge des Staatsanwalts hinausgegangen, so beispielsweise bei dem Schriftsteller Herbert Volk, für den 6 Jahre 6 Monate Zuchthaus beantragt waren.

In der Urteilsbegründung heisst es, dass die Angeklagten in der Voruntersuchung ihre Verfehlungen zugegeben hätten, wenn sie sich auch in der Hauptverhandlung, abgesehen von Klaus Heim und Rehling, ausgeschwiegen hätten. Die Verlesbarkeit der Voruntersuchungsprotokolle wurde von keiner Seite in Zweifel gezogen. Auf ihre Richtigkeit hin wurden sie indes trotzdem noch einmal vom Gericht geprüft. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Zelenka, betonte im übrigen noch, dass das Schweigen der Angeklagten in keinem Falle als Schuldgeständnis gewertet worden sei. Die jeweilige Schuld oder Unschuld sei durch die Beweisaufnahme nachgewiesen worden. Die Urteile kamen im wesentlichen aufgrund des Sprengstoffgesetzes zustande. Bei den leichten Anschlägen ist nur grober Unfug angenommen worden.

SPD. Sofia, 31.Oktober (Eig.Drahtb.)

Anlässlich der Hochzeit des Königs von Bulgarien mit einer Prinzessin des italienischen Königshauses, die am Freitag in Sofia mit grossem Pomp begangen wurde, wurden 430 Gefangene, darunter 100 politische Sträflinge, begnadigt. Bei etwa 1500 Gefangenen wurde die Strafe z.T. um die Hälfte herabgesetzt

Die Kommunisten hatten ihren eingekerkerten Parteifreunden die Weisung gegeben, auf jede Begnadigung zu verzichten. Sie erlebten jedoch einen schweren Reinfall. Alle begnadigten Kommunisten nahmen die Amnestie an.

SPD. Chicago, 31.Oktober (Eig.Drahtb.)

Der seit dem Attentat auf Diamond in der amerikanischen Unterwelt ausgebrochene Krieg hat am Freitag vormittag wieder drei Opfer gefordert. In den Morgenstunden drangen maskierte Männer in eine von der Verbrecherwelt viel besuchte Bar. In der Türe stehend, richteten die Eindringlinge ein Schnellfeuer gegen einen der Tische, worauf die Schützen ebenso eilig verschwanden, wie sie gekommen waren. Ein Neger wurde schwer verwundet. Seine beiden Nachbarn wurden getötet. Unter den Toten befindet sich ein in den Bandenkreisen sehr bekannter Alkoholschmuggler, dem das Attentat wahrscheinlich gegolten hat.

SPD. London, 31.Oktober (Eig.Drahtb.)

Die grosse Ueberraschung und die Sensation des Freitags ist das am Mittag bekannt gewordene Ergebnis der Ersatzwahl für den Londoner Wahlkreis Süd-Peddington. Seit 1885 ist das Mandat ununterbrochen in den Händen der Konservativen, die diesen Parlamentssitz stets ohne Gegenkandidaten als sichere Domäne buchen konnten. Der Tod des letzten Mandatsinhabers erforderte die Neuwahl.

Schon die Kandidatenaufstellung zeigte eine heillose Zerfahrenheit in den konservativen Reihen. Zum Schluss standen sich nicht weniger als drei konservative Kandidaten gegenüber und es bedurfte langer Auseinandersetzungen mit ihnen, bis das konservative Hauptquartier endlich wusste, wen es den Wählern als offiziellen Kandidaten empfehlen sollte. Die zwei anderen konservativen Gegenspieler weigerten sich jedoch ihr Mandat zurückzuziehen, und einer von ihnen, der frühere Admiral Taylor, war sich dem Reichszöllner und Zeitungs-

könig Beaverbrook in die Arme. Ein beispiellos bitterer Wahlkampf setzte ein, bei dem der Pressekönig alle ihm zur Verfügung stehenden Minen springen liess. Seine gesamte Presse wurde mobil gemacht und vor keinen Kosten zurückgeschreckt Das Ergebnis: Taylor wurde gewählt. Er erhielt 11 209 Stimmen gegen 10 280, die auf den offiziellen konservativen Kandidaten Lidiard entfielen. Der dritte konservative Bewerber, eine Frau Stewart, hat ihr nach dem Gesetz vorher zu deponierendes Kandidatengeld verloren, weil sie nur 494 Anhänger sammeln konnte

Der wahre Sieger dieser Wahl ist jedoch die Labour Party. Zum erstenmal beteiligte sie sich an der Wahl in dieser konservativen Hochburg. Die Arbeiterkandidatin Dorothy Ewans erhielt 7 944 Stimmen. Kein Wunder, dass dieses glänzende Ergebnis, als es am Freitag mittag im Unterhaus bekannt wurde, die freudigste Ueberraschung in den Labour-Reihen hervorrief. MacDonald strahlte; es ist ein grosser Prestigeerfolg für die Arbeiterpartei und ein Beweis, dass das grosszügige Regierungsprogramm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftskrise einen neune Auftrieb in die englische Arbeiterbewegung gebracht hat. Nach dieser Richtung darf Süd-Peddington als ein gutes Omen für die Labour Party bezeichnet werden, anders für die Konservativen. Das Wahlresultat reisst wieder sämtliche an dem konservativen Parteikörper schwelenden Wunden auf, die tags zuvor in der konservativen Parteisitzung mit einigem Heftpflaster bedeckt worden waren. Die Presselords, erholt und gestärkt, werden von neuem das Haupt Baldwins fordern und ihre Reichszollagitation mit doppelter Wucht wieder aufleben lassen. Selbst die konservativen Blätter am Freitag sagen von dem Donnerstag-Sieg Baldwins, es zeige weniger Vertrauen der Partei zu dem gegenwärtigen Führer als Misstrauen gegen die Pressepiraten. Sie werden jetzt mit Süd-Peddigton aufwarten und der am Donnerstag eingedämmte Kampf um die Parteiführung wird morgen schon mit neuer Wucht entbrennen. Inzwischen geht die Labour Party ihren Weg, und der Ausfall der Wahl hat deutlich gezeigt, dass er trotz aller widrigen Umstände vorwärts führt, wenn unentwegt auf das Ziel zugesteuert wird.

SPD. Im Verlauf einer am Freitag-Abend abgehaltenen Kundgebung der Berliner sozialistischen Studentenschaft hielt der preussische Ministerpräsident eine Ansprache, in der er u.a. ausführte :

"Ueber der Kindheit der heutigen Studentenschaft lagen die schweren Schatten des grauenhaften Krieges, der ihnen oft genug den Vater auf Jahre oder für immer nahm, den Bruder entriss und schwere Sorgen in das Elternhaus einziehen liess. Und ihre weitere Jugend stand unter dem unheilvollen Zeichen von Inflation und allen krankhaften Erscheinungen einer krisendurchzitterten, mit Verzweiflungsideen geschwängerten wirtschaftlich schweren Nachkriegszeit.

Es ist verständlich, dass unter diesen Verhältnissen keine Jugend heranwachsen konnte, die sich einzig und allein von dem natürlichen Adel leiten lässt, der jedem vom Leben noch unverdorbenen und daher begeisterungsfähigen jungen Menschen aufgedrückt ist. Es war zu erwarten, dass der Pendelschlag eines geistigen Radikalismus nach allen Seiten schärfer ausschlagen würde, als in normalen Zeiten. Ja, wenn es wenigstens noch geistiger Radikalismus geworden wäre! Ueber Geistiges lässt sich streiten. Geistiges will wohl den anderen überzeugen, will sich an ihm messen, und sich selbst dabei abschleifen, will im Ringen des Meinungsstreites sich selbst klären und dabei erstarken. Aber was wir heute erleben, ist doch etwas ganz anderes: Wo ist die Kritik geblieben, die doch Voraussetzung für jede selbständige geistige Entwicklung eines jungen Menschen ist, wo der ernsthafte Wille nach mühsamer Ergründung einer heiss und strebend gesuchten Wahrheit? Wo vor allem der Respekt vor der Ueberzeugung und dem Wirken des Anderen, der immer die Zierde oder vielmehr das selbstverständliche Attribut einer geistig kämpfenden Jugend war, die auch imstande war, vor dem Gegner ritterlich den Degen zu senken?

Heute ringt man nicht zweifelnd und immer wieder abwägend nach Wahrheit,

sondern gibt sich mit einer ans Unfassbare grenzenden Kritiklosigkeit den alle primitivsten politischen Heilslehren hin, die vor keiner ernsthaften Durcharbeitung und Prüfung bestehen können. Heute beschimpft und schmäht man den Gegner, bestreitet ihm jedes unehrenhafte Motiv, ja selbst die sachliche Überzeugung und hält ihn von vornherein einzig und allein wegen seines Andersdenkens und Andersseins für einen Lumpen. Das geistige Argument ist durch den Knüppel und durch den Schlagring ersetzt, es ist ein Rückfall in die Zeiten mittelalterlichen Faustrechts.

Wir sollen diese irregeleitete Jugend nicht schelten, sie nicht zurückstossen. Es ist uns bitter leid um sie. Alldiese jungen radikalen Studenten schaden sich selbst in ihrer menschlichen Entwicklung durch die Irrwege, in die sie sich verlaufen. Früher oder später muss für sie, wenn sie ehrlich gegen sich selbst sind, und bei reiferem Durchdenken die innere Hohlheit ihres bisherigen Programms und die Unhaltbarkeit ihres bisherigen politisch-gedanklichen Systems, sowie das Sinnlose ihres politischen Treibens erkennen, ein schreckliches Erwachen, ein geistiger Katzenjammer ohne gleichen kommen. Die besten und produktivsten Jugendjahre, massgeblich für die Formung und Entwicklung ihres Geistes, in denen sie sich in den Dienst wahrhaft aufbauender Gedankengänge und der Arbeit an Volk und Staat hätten stellen können, sind nutzlos vertan mit der Hörigkeit gegenüber einer zwar suggestiv vorgetragenen, aber gleich einer tauben Nuss leeren politischen Theorie, von der sie vergeblich eine radikale staatliche und wohl auch geistige Umformung aller Dinge erwartet haben.

Demgegenüber ist es Ihre gewaltig grosse, heute vielleicht noch in vieler Hinsicht undankbare Aufgabe, meine Damen und Herren, dieser im Irrgarten nationalistischer Phraseologie sich bewegenden Jugend das in allen Zeiten für eine gesittete Menschheit gültige und immer wieder über alle Krisenzeiten hinweg sich Geltung verschaffende demokratisch-soziale Ideal entgegenzuhalten! Sie, meine Damen und Herren, sollen unsere Mitkämpfer für die republikanische Deutsche Reichsverfassung von Weimar sein, die für uns eine Sammlung gesetzmässig garantierter freiheitlicher Bestimmungen bedeutet, auf die das langsam und mühsam zur Demokratie reifende deutsche Volk nicht verzichten kann und auch niemals verzichten wird."

SPD. London, 31.Oktober (Eig.Drahtb.)

Am Freitag erzielte die Labour-Regierung im Unterhaus im Verlauf der Thron debatte einen ersten nicht zu unterschätzenden Erfolg. Im Auftrage der unabhängigen Arbeiterpartei hatte Jowett einen Antrag eingebracht, der das Bedauern bekunden sollte, "dass die Thronrede keine sozialistischen Vorschläge zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und zur Reorganisation der Industrie enthalte". Der Antrag wurde gegen elf Stimmen der unabhängigen Arbeiterpartei abgelehnt.

Ein zweiter grosser Erfolg des gleichen Tages bedeutet die in London stattgefundene Sitzung des Landwirtschaftsrates für England. In dieser Tagung, die sämtliche Wirtschaftssachverständigen umfasst, wurde der Gesetzesvorschlag der Regierung zur Reorganisation des Agrarmarktes einstimmig gutgeheissen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.)

Sechzehnjährige als Liebesfutter!

Der Sportklub der Herrn Regierungsrats – Herr Lübben tarnt die Wiking=Bündler Freiübungen mit Handgranatenattrappen – Die Liebesaffären des Hakenkreuzhäut=lings.

SPD. Im Frühjahr dieses Jahres wurde die Berliner Polizei durch eine An=zeige auf die Boote eines Marinesportklubs am Stössensee aufmerksam gemacht, in denen angeblich ein geheimes Waffenlager rechtsradikaler Verbände versteckt ge=halten werde. Leiter dieses seltsamen Marinesportklubs war ein rechtsradikaler Regierungsrat namens Lübben, der in engen Beziehungen zu völkischen Kreisen und besonders zu dem verbotenen Wiking=Bund des Putschistenkapitäns Erhardt stand, der im Jahre 1926 wegen illegaler Bestrebungen aufgelöst und verboten wurde.

+

Der Zugriff der Polizei, die den Marineklub am idyllischen Stössensee in früher Morgenstunde umstellte, war von Erfolg gekrönt. Man fand eine ganze An=zahl Handfeuerwaffen, sowie grosse Mengen von Patronen und auch einige Dutzend Seitengewehre. Um die Ausbildung der Klubmitglieder komplett zu machen, hatte man sich sogar Attrappen von Handgranaten beschafft, mit denen regelmässig geübt wurde. Mitglieder des Sportklubs waren etwa 25 junge Leute im Alter von 16, 17 und 18 Jahren, die in strengster Disziplin gehalten wurden. Herr Lübben, dieser famose Beamte der Republik und ehemaliger Reserveoffizier, schikanierte seine Mannen nach allen Regeln der militärischen Feldwebelkunst.

+

Eine Spezialität des tüchtigen Marineklubchefs waren stundenlange Straf=übungen seiner Jünglinge, die, nur ganz mangelhaft bekleidet, auch bei kältestem und unfreundlichstem Wetter excerzieren und Kniebeuge machen mussten. Zum Aus=bildungspersonal des Marinesportklubs gehörten mehrere frühere Militärs, die es sich zur Aufgabe machten, die jungen Menschen nach altpreussischen Prinzipien zu drillen und für die kommende "Revanche" nach aussen und innen sturmreif zu machen.

+

Die Ansicht der Polizei, dass es sich beim Marinesportklub um eine ge=tarnte Fortführung des verbotenen Wiking=Bundes handele, wurde durch die Tat=sache bestätigt, dass in den Räumen der Vereinigung 650 Abzeichen des verbo=tenen Bundes gefunden und beschlagnahmt wurden. Die eingehenden Verhöre, die die Kriminalpolizei anstellte, führten zu überraschenden Ergebnissen. Es stell=te sich heraus, dass Herr Lübben, dieser ausgezeichnete Repräsentant des kom=menden "Dritten Reiches", zu einer ganzen Anzahl seiner jungen minderjährigen Untertanen in geschlechtlichen Beziehungen gestanden hatte. Die eingehend ver=nommenen getarnten Wiking=Bündler wollten zuerst nicht mit der Sprache heraus, gestanden aber schliesslich, dass Lübben den stundenlangen Einzeldienst und die Strafübungen, die manchmal auch in geschlossenen Räumen stattfanden, meistens als Vorwand dazu benutzt habe, die jungen Menschen zu missbrauchen. Der Regierungs=rat a.D., der übrigens verheiratet ist und als einer der "honorigsten" Bürger Berlins, dort, wo es am westlichsten und "feinsten" gilt, ist, leugnet vorerst seine üblen Taten; das Belastungsmaterial gegen ihn ist jedoch so umfangreich und überzeugend, dass Lübben als überführt gelten kann.

+

Um sowohl die politische als auch die allgemein kriminelle Seite des Strafkomplexes "Marinesportclub" eingehend zu klären, ist Lübben unter Anklage gestellt worden; es sind zwei verschiedene Termine angesetzt. Mitte November wird vorerst die politisch=putschistische Charakterseite des Regierungsrats und seines hakenkreuzlerischen Klubs eingehend geprüft werden. Es ist anzunehmen, dass es in dieser Verhandlung gelingen wird, die geheimen Fäden, die auch heute noch zwischen den immer betriebsamen und intriganten Herrn Erhardt und den nationalistischen Verbänden, dem "Stahlhelm" und der NSDAP, bestehen, bloss zu legen - wenn auch Herr Erhardt diese Verbindungen leugnet. Es verlautet u.a., dass die Marinesportklübler dauernd Zuwendungen von sehr bekannten Leuten der rechtsradikalen Bewegung erhalten haben. Einige Tage später werden dann die gemein=kriminellen Verfehlungen des "Reinigers" Lübben, der die Schamlosigkeit beging, junge, verführte, aber persönlich sichere saubere Menschen für seine sexuellen Zwecke zu missbrauchen, ihre Sühne finden. Auf jeden Fall wird die juristische Beleuchtung des Falles Lübben wieder einmal zeigen, welch' saubere Elemente in den Kreisen des Rechtsradikalismus sich an hervorragender Stelle "betätigen" können.-!

\+ + +

Der Mann, der photographierte.

Das Geheimnis um den Uhrmachermord in Berlin N.- 50 Mädchen trauern um ihren Gönner - Die Jagd nach dem Täter - Raubmord oder Liebesdrama? -

SPD. Die Berliner Mordkommission ist gegenwärtig mit der Aufklärung eines mysteriösen Verbrechens beschäftigt. Im Norden Berlins wurde dieser Tage ein Mann in seiner Wohnung in der Drontheimerstrasse erwürgt aufgefunden. Der Tote, der als Uhrmacher ein kleines Geschäft führte, war nebenbei Agent für Variétés, Cabarets usw., denen er junge Artistinnen zuführte. Wir erhalten über den Fall, der das geheimnisvolle Doppelleben eines Sonderlings aufrollt, von unserm Berliner Kriminalreporter nachstehenden Bericht:

Drontheimerstrasse 5. Polizeiposten vor der Tür, ein Auto hält am Strassenrand, Kriminalbeamte und Photographen laufen geschäftig hin und her. "Mord"!? sagt jemand und deutet auf die Tür im Parterre, durch die eben ein paar Männer schreiten.

Don Juan im Uhrengeschäft.

Hinter dieser Tür wohnte ein 56 Jahre alter Mann namens Ulbrich. In der Gegend nannte man ihn allgemein "Fritz". Er war seit zehn Jahren von seiner Frau geschieden, betrieb hinter jener Tür eine kleine Uhrmacher=Reparaturwerkstatt, handelte mit silbernen Löffeln, Ketten und sonstigem Tand und - ja, da erhält das bisherige Leben dieses Mannes einen merkwürdigen, interessanten Anstrich: der Mann fertigte Aktaufnahmen von jungen Mädchen an und besorgte ihnen Stellungen als Tänzerinnen, Tischdamen und "lebende Figuren". Der Mann, der photographierte, hatte seit zehn Jahren diese einzige, ihn beherrschende Marotte: das junge Mädchen im Photo.

Die ganze Gegend wusste das. Die Leute lachten über "Fritz". Sie meinten von ihm, er sei ein Don Juan. Der Don Juan der Drontheimerstrasse.

Erwürgt oder erstickt?

In den Vormittagsstunden zwischen 10 und 11 Uhr wurde der Mord entdeckt. "Fritz" lag auf seinem Bett, und der Kopf war in den Kissen vergraben, eingedrückt. So eingedrückt, dass die ganze Kinnpartie ausgehakt war. Der Kopf wies eine kleine, ganz winzige Verletzung auf. "Fritz" war erwürgt oder erstickt.

Am Abend zuvor hatte man aus der Wohnung des Mannes Schallplattentöne auf den Hof dringen hören. Mädchenlachen hatte sich eingemischt, desgleichen ein paar Männerstimmen. Die Nachbarn waren überzeugt, dass es "da" hoch herginge. Da - damit meinten sie den Raum, in dem der Alte hauste.

Ein Doppelleben.

Von der Strasse her führt eine kleine Tür in einen ziemlich grossen Laden, der zur Hälfte abgeteilt ist und vorn die Uhrmacherwerkstatt und dahinter den Wohnraum enthält. Dieser Wohnraum ist an der einen Wand mit einem auswechselbaren Vorhang bespannt. In der einen Ecke des Wohnraumes steht ein Ruhebett, ein Tisch, ein Stuhl, in der andern Ecke stehen photographische Apparate. Von der Decke herab baumelt eine Lampe mit einem auswechselbaren Behang. In dem Raum, vorn an der Tür, da war "Fritz" der Uhrmacher, der kleine Handwerker; und hinter der Wand, da war er der Don Juan der Drontheimerstrasse, der "Favorit" der jungen Mädchen, der Mann, der photographierte.

"Jetzt ist er tot, der Fritz"...

Als die Mordkommission arbeitet, Blitzlicht aufflammt und der Tatbestand aufgenommen wird, stehen draussen auf der Strasse die Menschen und diskutieren. Am Rande des Bürgersteigs sieht man die geschiedene Frau des Ermordeten und um sie herum einen Kreis junger Mädchen. Es sind die Mädchen, die der Mann photographiert hatte. Mädchen mit hübschen Beinen und guten Figuren, mit teils offenen, nichtssagenden, teils verschmitzten lebhaften Gesichtern. Die eine sagt: "So ist das nun, jetzt ist er tot, der Fritz" und dabei blickte sie mit rührendem Mitleid die Frau des Ermordeten an. Die sagt nur "Ja" und blickt vor sich hin.

Ein anderes junges Mädchen sagt: "Ich hab' durch den Fritz im Monat 235 Mark verdient. Das wird wohl jetzt aufhören". Es sieht beinah' so aus, als ob sie weinen möchte. Und als ich sie frage: "Was hat er denn mit Euch gemacht?", da antwortet sie: "Er war sehr nett zu uns. Er photographierte uns, lehrte uns lebende Plastiken darstellen und schickte die Bilder an Variétés. So bekamen wir Stellung und verdienten immerhin 3 bis 4 Mark pro Tag." - "Und waren es denn viele Mädchen, denen er Stellung verschaffte?" - "O ja", antwortet die Gefragte, "40 bis 50 Mädchen. Jetzt sollen wir nun zur Mordkommission kommen. Das Leben ist doch merkwürdig."- -

Wer sind die Zwei?

Man will wissen, dass mit den jungen Mädchen auch des öfteren zwei junge Männer kamen. Vielleicht waren es die Freunde der Mädchen. Man will auch wissen, dass der Alte aus der Drontheimerstrasse verschiedentlich von diesen Freunden beraubt wurde und dass er den Freunden Geld gab, um sie zum Schweigen zu bringen. Man will endlich wissen, dass die fraglichen beiden Männer am Abend vor der Entdeckung des Mordes mit jungen Mädchen bei ihm waren. Aber: man weiss noch nicht, wer diese Leute sind. Es ist möglich, dass der Alte das Opfer seiner Marotte geworden ist. Er war ein Mann von 56 Jahren, gross, kräftig, mit einer Adlernase in einem zerfurchten Gesicht. Es gibt da ein Bild, da steht er mit einem jungen Mädchen im Badetrikot am Strand. Das Bild zeigt Alter und Jugend, zeigt ein zerfallenes Gesicht und einen blühenden Körper.

Oder liegt Raubmord vor? Die anfängliche Annahme, dass die Bestände des kleinen Uhrengeschäfts unversehrt vorgefunden worden seien, wurde im Verlauf der Untersuchung hinfällig. Es wurde festgestellt, dass eine grössere Anzahl Uhren und Goldwaren aus dem Geschäft fehlen; desgleichen fand sich kein Pfennig in der Ladenkasse.

Die Mordkommission arbeitet.

Raubmord oder Eifersuchtsmord - das ist die Frage. Raubmord wäre erklärlich. Aber ein Eifersuchtsmord?

Was der Alte da tat, war bei Gott nicht weiter gefährlich. Mag er bei dem merkwürdigen Aktphotographieren auch irgendwelche sexuelle Befriedigung gefunden haben - da niemand geschädigt wurde und alles ganz privat vor sich ging, wäre es kleinlich und unrecht, hier ein moralisches Verdammungsurteil zu sprechen- Im Gegenteil, der alte "Fritz", der Sonderling der Drontheimerstrasse, hat mit seiner Schrulle sogar einen gewissen sozialen Nutzen gestiftet. Aber das Leben ist kompliziert, es besteht nicht nur aus Ja und Nein, schwarz und weiss,

gut und Böse,und die Sache,die sich Liebe nennt, steht erst recht jenseits dieser Begriffe. Ja,ein Eifersuchtsmord wäre schon möglich.

Es wäre dem,der den Alten aus dem Wegen räumen wollte,sicher nicht schwierig gewesen,den Uhrmachermeister Ulbrich eine juristische Falle zu stellen und in den Schlingen des Strafgesetzes einzufangen. Aber es ist noch viel schlimmer gekommen. Man hat den alten "Fritz" ermordet. Wer ist der Täter?

Die Mordkommission ist fieberhaft bei der Arbeit.

\+ + +

Keine Verhandlung gegen Frau Momm. Auf Grund des Paragraphen 51 wurde von der Staatsanwaltschaft Potsdam das Ermittlungsverfahren gegen die Gattin des früheren Potsdamer Regierungspräsidenten Dr.Momm eingestellt. Frau Momm hatte, um in den Besitz einer Versicherungssumme zu gelangen,verschiedene Diebstähle fingiert. Später wurden die angeblich gestohlenen Gegenstände in ihrer Wohnung gefunden. Das Entmündigungsverfahren gegen Frau Momm schwebt noch.

\+ + +

Oderdamm doppelt gebrochen. In der Nähe der schlesischen Ortschaft Linden ist der Oderdamm zwischen Ohlau und Brieg an zwei verschiedenen Stellen geborsten; auf weite Strecken hin wurden Wälder und Felder überschwemmt. Die Bruchstellen sind etwa 80 Meter breit, das Forsthaus Scheidelwirz ist ernsthaft gefährdet. Auch aus Oberschlesien kommen neue Schreckensmeldungen.Der Bahnhofsplatz von Cosel ist vollkommen überflutet, in Oppeln stehen mehrere Strassen unter Wasser, das Dorf Althofnass ist vollkommen vom Wasser eingeschlossen, dasselbe Schicksal ereilte die Dörfer Neulimburg, Luisenthal und Lindenitz. Verschiedene kleine Häuser und Ställe sind eingestürzt. Der Verkehr in den genannten Orten ist nur noch mit Kähnen möglich. Auch die mehr als 30 000 Einwohner zählende Stadt Brieg zwischen Oppeln und Breslau ist vollkommen vom Hochwasser eingeschlossen und ragt wie eine Inselstadt aus der endlosen Flut. Die Zufahrtsstrassen sind hoch vom Wasser überflutet und die Richtung dieser Strassen ist fast nur noch aus dem Wasser hervorstehende Bäume gekennzeichnet. Nähere Erkundigungen einzuziehen,ist sehr schwer, da sämtliche Telefonleitungen am Oberlauf der Oder zerstört sind.

\+ + +

Um Pfarrer Schenks Moral. Im Frenzel=Prozess machten die Verteidiger am Freitag Mitteilung von einer Reihe von eingelaufenen Briefen,in denen sehr schwere Beschuldigungen gegen das moralische Leben Pfarrer Schenks erhoben werden. Die Verteidiger verliehen dem Standpunkt Ausdruck, dass rein theoretisch das private Moralleben des Pfarrer Schenk mit der eigentlichen Schuldfrage im Frenzel=Prozess nichts zu tun hat. Die Sache liegt aber so,dass die Glaubwürdigkeit des Belastungszeugen Schenk um ein wesentliches vermindert wäre,wenn die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen zu Recht bestünden. Schliesslich spielt sich Pfarrer Schenk, auf dessen Anzeige hin die Anklage gegen Frenzel erhoben worden ist,als Hüter der Moral von Bornim und als der Beschützer der Tugend Gertrud Frenzels auf. Das also, und nicht etwa ein kleinliches Vergeltungsgefühl sind die Motive, aus denen heraus es sich die Verteidigung vorbehält,die Staatsanwaltschaft zu bitten, weitere Ermittlungen in dieser Richtung vorzunehmen. Die Zeugenvernehmung ergab am Freitag nichts Wesentliches. Zuerst wurde ein Lehrer von Gertrud Frenzel vernommen, er berichtete von häufigen Stimmungsschwankungen des Zöglings.

\+ + +

Feuergefecht mit Verbrechern. In Potsdam kam es zu einem nächtlichen Feuergefecht zwischen Kriminalbeamten und Einbrechern,die dem Kassenraum einer Potsdamer Verlagsbuchhandlung einen Besuch abstatteten,aber von der Kriminalpolizei überrascht wurden,da die Sache rechtzeitig verpfiffen worden war.Als sich drei in der Dunkelheit nicht näher erkennbare Männer in den Kassenraum der Firma Bonnes & Hachfeld einschlichen,wurden sie von Kriminalbeamten mit dem Ruf: "Hände hoch!" empfangen. Die Verbrecher schossen,die Beamten erwiderten das Feuer.

Einer der Einbrecher, ein noch junger Mann, ist dabei durch Lungenschuss getötet worden. Den beiden anderen Verbrechern gelang es, zu entkommen.

+ + +

Vatermord. In der pfälzischen Stadt Cusel hat der 20jährige Sohn des Landwirts Heil seinen Vater erwürgt. Heil, der ein Gewohnheitstrinker war, kam abends betrunken nach Hause, geriet mit seiner Familie in Streit und versuchte, seine Frau in Gegenwart seiner Söhne zu misshandeln. Im Handgemenge drückte der eine der Söhne dem Vater so heftig die Kehle zu, dass der Tod sofort eintrat.

+ + +

Nobelpreis für Medizin. Der Nobelpreis für Medizin für 1930 wurde dem Wiener Professor Landsteiner, der gegenwärtig in Amerika weilt, verliehen. Die Verdienste des Professors Landsteiner liegen auf dem Gebiet der Blutgruppenforschung.

+ + +

Toller Bankraub. Ein selten kühner Bankraub wurde in der kanadischen Stadt Toronto verübt. Am hellichten Tage drangen drei schwerbewaffnete Räuber in eine Bank ein, hielten die Angestellten mit Revolvern in Schach und sperrten sie schliesslich in den Keller des Gebäudes. Bevor sie mit den in der Kasse vorhandenen 12 000 Dollar die Flucht ergriffen, überliessen sie den Eingeschlossenen aus einer mitleidigen Regung heraus noch einen Schraubenzieher, um ihnen die Möglichkeit zu geben, später das Schloss zur Kellertür abzunehmen und so aus dem ungemütlichen Raum wieder zu entkommen.

+ + +

Einsturzkatastrophe. In Villach (Kärnten) stürzte der Neubau einer Kaserne ein. 40 Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben. Die Zahl der Toten steht noch nicht fest.

+ + +

Mord um ein bischen Wasser. Das Gasthaus "Port Arthur" an der Peripherie von Agram (Südslawien) war der Schauplatz eines blutigen Verbrechens. Eine grössere Gesellschaft zechte in dem Lokal, als gegen 2 Uhr früh ein unbekannter etwa 24jähriger, verwahrlost aussehender Mann erschien, dessen Kleider vom Regen durchnässt waren. Als er Hut und Mantel ablegte, fielen einige Regentropfen auf den Kopf eines der Zecher. Sofort war wegen des geringfügigen Anlasses ein heftiger Streit im Gange. Plötzlich zog der Unbekannte ein haarscharfes Messer und versetzte einem der Leute mehrere Stiche. Der Mann brach blutüberströmt zusammen und verschied nach wenigen Minuten. Der Täter entkam.

+ + +

Flugzeug für 3450 Mark! Wie der Deutsche Luftfahrerverband mitteilt, ist das Klemm-Leichtflugzeug jetzt für 3450 Mark käuflich. Die Maschine, deren Preis sich bisher auf 7500 Mark belief, soll nicht nur als Sport-, sondern auch als Verkehrsflugzeug für Privatpersonen propagiert werden.

+ + +

Katastrophe am Sterbebett. In Pondederra in Italien stürzte der Fussboden eines Zimmers ein, als die Familienangehörigen und zwei Priester am Sterbebett der Frau weilten, die es bewohnte. Zehn Personen wurden verletzt, die Kranke ist gestorben.

+ + +

Chikago Seehafen? Der amerikanische Staatssekretär Mellon hat ein grosszügiges Projekt ausgearbeitet, nach welchem der St. Lorenzstrom für die grossen Ozeandampfer bis nach Chikago schiffbar werden soll. Mellon erwartet für die Ausführung seines Planes finanzielle Unterstützung von Englands, da Kanada aus der Schiffbarmachung des St. Lorenzstromes ebenfalls grosse Vorteile ziehen würde.

Gewerkschaftliche Rundschau

Herunter mit der Arbeitszeit!

Auch bei der Reichsbahn.

SPD. Der Reichsarbeitsminister hat dieser Tage in einer Unterredung mit dem Schriftleiter der "Germania" seine Auffassung über den Preis- und Lohnabbau dargelegt und dabei gegen die Lohnabbaupsychose Front gemacht. Schade, dass er bei dieser Gelegenheit nicht auch ein Wort über die Arbeitszeitfrage gesagt hat: denn diese ist doch mindestens ebenso aktuell als die von ihm berühmten wirtschafts- und lohnpolitischen Fragen. Ueber die Arbeitszeitfrage wird ja bereits in der Presse sehr lebhaft gestritten. Allmählich begreift selbst das Unternehmertum, dass im Interesse der Entlastung des Arbeitsmarktes durch Arbeitszeitverkürzung unbedingt etwas geschehen muss.

Die Arbeitslosenlast hat bald eine nicht mehr erträgliche Höhe erreicht. Immer neue Abzüge müssen sich die Arbeitnehmermassen gefallen lassen, weil die Arbeitslosen doch schliesslich nicht verhungern können. Allein darüber dürften sich wohl alle Einsichtigen klar sein: die Hilfsleistungsmöglichkeiten der breiten noch arbeitenden werktätigen Schichten zur Linderung der Arbeitslosennot sind bald erschöpft. Es muss deshalb, gerade weil damit zu rechnen ist, dass die Dinge auf dem Arbeitsmarkt im Winter noch schlimmer werden, nun endlich unbedingt etwas Entscheidendes geschehen. Alle Möglichkeiten zur Entlastung des Arbeitsmarktes, die von den Gewerkschaften skizziert worden sind, müssen ausgeschöpft werden und unter diesen Möglichkeiten steht die Arbeitszeitverkürzung an erster Stelle. Sie muss kommen und zwar auf der ganzen Linie. Am allerwenigsten können Ausnahmen zugelassen werden für die ganz grossen Arbeitgeber. Es wäre grotesk, wenn z.B. der grösste deutsche Arbeitgeber, die Reichsbahnbesellschaft, sich selbst von der Arbeitszeitverkürzung ausnehmen wollte. Während alles nach Eindämmung der Arbeitslosigkeit schreit, entlässt die Reichsbahn immer noch Tag für Tag Arbeiter. Nur mit Hängen und Würgen hat sie sich herbeigelassen, mit den Gewerkschaften über Massnahmen zur Vermeidung weiterer Entlassungen zu verhandeln. Nur für die Reichsbahnausbesserungswerke und für die Bahnunterhaltungsarbeiter sind Feierschichten und Kurzarbeit eingeführt worden. Kein Wunder also, wenn nunmehr die Eisenbahnerorganisationen mobil machen. Sie haben am Freitag der Hauptverwaltung die Arbeitszeitbestimmungen des Lohntarifvertrags zum 30. November gekündigt. Der Einheitsverband fordert mit schärfstem Nachdruck, dass nunmehr mit dem unerträglichen Zustand, wonach ein Teil der Eisenbahner kurzarbeitet, während ein anderer regelmässig Ueberstunden zu leisten hat, rücksichtslos aufgeräumt wird. Er fordert, dass für alle Gruppen Arbeitsstreckung durch Arbeitszeitverkürzung eingeführt wird.

Neben dem Einheitsverband ist auch die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer in der Arbeitszeitfrage zum Angriff übergegangen. Sie hat am Freitag Abend in einer Pressebesprechung durch ihre Leitung, vor allem durch ihren Vorsitzenden, Warstein, in sachkundigen und eindrucksvollen Darlegungen zu Gunsten der Arbeitszeitverkürzung einen scharfen Vorstoss unternommen. Warstein wies darauf hin, dass das Reichsbahnbetriebs- und Verkehrspersonal heute noch 9 Stunden pro Tag, also wöchentlich 54 Stunden arbeite. Das sei aber nicht die zulässige Höchstgrenze, zulässig seien sogar 57 Stunden pro Woche, und zwar handele es sich hier um reine Arbeitszeit. Das Reichsbahnbetriebspersonal frage demgegenüber mit Recht, ob es denn wirklich notwendig sei, dass der Eisen-

bahner weit über die normale Arbeitszeit hinaus beschäftigt wird, und ob es denn nicht jetzt wenigstens dringlich geboten sei, in Anbetracht der Riesenarbeitslosigkeit mindestens die 48-Stundenarbeitszeitwoche auch im Reichsbahnbetriebsdienst einzuführen. Die Reichsbahn stehe doch nicht ausserhalb der deutschen Wirtschaft. Wenn überall jetzt die Arbeitszeitfrage aufgerollt werde, dann könne die Reichsbahngesellschaft nicht einfach tatenlos zusehen, denn nach den Aussagen leitender Beamten der Hauptverwaltung drohten für den Winter noch weitere Entlassungen. Auf Grund von Berechnungen der Reichsbahn werde die Herabsetzung der reinen Arbeitszeit auf 48 Stunden pro Woche beim Betriebs- und Verkehrspersonal eine Vermehrung der Arbeitskräfte um 43 248 ausmachen. Die Kosten dafür beliefen sich auf etwa 130 Millionen pro Jahr einschliesslich der Sozialversicherungsbeiträge, auf höchstens 150 Millionen. An der Kostenfrage dürfe aber die Arbeitszeitverkürzung angesichts der hohen wirtschaftlichen, staatspolitischen und ethischen Bedeutung der Verringerung der Arbeitslosenzahl die Arbeitszeitverkürzung bei der Reichsbahn nicht scheitern. Schliesslich sei ja auch zu beachten, dass die von der Reichsbahn ans Reich gegebenen Gelder z.B. in der Verkehrssteuer wieder zu einem grossen Teil für Arbeitslosenunterstützung verbraucht werden. Erhöhe sich jedoch die Zahl der Beschäftigten, dann flössen auch wieder Lohnsteuerbeträge der Reichskasse zu.

Der Einheitsverband und die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer verlangen nichts Unmögliches. Sie wissen, dass die Reichsbahn nicht auf Rosen gebettet ist. Trotzdem halten sie daran fest, dass auch die Reichsbahn zu ihrem Teil in der Arbeitszeitverkürzungsfrage zur Entlastung des Arbeitsmarktes mithelfen muss. Was sie verlangen, ist ja nur zunächst ein Senken der Arbeitszeit auf das normale Mass, d.h. die Beseitigung der neunten Arbeitsstunde. Bei der Reichsbahn liegen die Dinge nicht so wie in der Privatindustrie, wo zur Entlastung des Arbeitsmarktes weit unter 48 Stunden herunter bis zur 40-stündigen Arbeitswoche gegangen werden muss.

Die Reichsbahngesellschaft muss den Arbeitszeitforderungen der Gewerkschaften entgegenkommen. Sieht die Oeffentlichkeit, dass der Gewerkschaft darum zu tun ist, durch Verständigung mit den Organisationen der Eisenbahnarbeiter und Eisenbahnbeamten um jeden Preis etwas zur Festigung des Arbeitsmarktes zu tun, dann wird sie auch in ihrem Kampf gegen die gerade auf ihr lastende übergrosse Reparationslast in den Volksschichten Verständnis und Unterstützung finden; denn es ist nicht zu leugnen, dass letzten Endes vor allem bei der Reichsbahn der Kampf um die Erhaltung Arbeitsplätze nur dann auf die Dauer erfolgreich geführt werden kann, wenn der furchtbare Reparationsdruck, der auf Deutschland lastet, vermindert wird.

SPD. In den Vereinigten Staaten ist jetzt auch die United States Steel-Corporation zur Arbeitsstreckung übergegangen. Sie will die reguläre Werksarbeit so verteilen, dass die Arbeiter überall dort drei Tage in der Woche anstatt sechs arbeiten, wo eine solche Verteilung zur Beschäftigung aller notwendig ist. Darüber hinaus will die Gesellschaft für alle neuen Konstruktionsarbeiten Arbeiter aus den eigenen nicht voll beschäftigten Betrieben einsetzen, statt Spezialarbeiter von ausserhalb zu holen.

SPD. Für die unständig beschäftigten Hafenarbeiter und für die Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter hat der Reichsarbeitsminister in zwei neuen Verordnungen eine Regelung der Arbeitslosenversicherung getroffen. Die Verordnung für die Hafenarbeiter tritt am 1. November und die für die Heimarbeiter mit dem 3. November in Kraft.

Wirtschaft Technik Handel

Wohnungspolitik der Regierung.

Vorschläge für die Verbilligung von Kleinwohnungen.

SPD. Von den 15 bis 20 Vorlagen, die die Regierung auf Grund ihres Programms dem Reichsrat und dem Reichstag im Laufe des nächsten Monats zuleiten wird, hat das Reichskabinett bereits die Vorschläge des Reichsarbeitsministeriums über die Verbilligung des Kleinwohnungsbaus und die Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft behandelt.

Soweit die Verbilligung des Kleinwohnungsbaus in Frage kommt, halten sich die Vorschläge des Reichsarbeitsministeriums an das Notprogramm. Die Schwierigkeiten liegen natürlich, nachdem die Hauszinssteuermittel um die Hälfte auf 400 Millionen Mark ermässigt werden sollen und nachdem man sich weiter entschlossen hat, aus diesem Fond rund 30 Millionen Mark für Reparaturen von Altwohnungen zur Verfügung zu stellen, auf finanziellem Gebiet. Für die im Notprogramm vorgesehenen 215 ooo Wohnungen kommen für 165 ooo Hauszinssteuermittel in Frage. Hier werden erhebliche und länger laufende Zwischenkredite aufzubringen sein. Nach Lage der Dinge ist man hier auf die öffentliche Hand angewiesen. Man versteht nicht recht, dass man auf der einen Seite die Hauszinssteuermittel beschneidet, während man auf der anderen Seite zwangsläufig die finanzielle Hilfe der öffentlichen Hand über das Mass der halbierten Hauszinssteuer in Anspruch nehmen muss, wenn man das Wohnungsbauprogramm auch nur einigermassen durchführen will.

Noch schlimmer liegen die Dinge beim Bau der restlichen 5o ooo Wohnungen, für die man auf den freien Kapitalmarkt angewiesen ist. Da man auch hier die Miete dem Einkommen der Mieter anpassen will, steht man schon aus diesem Grunde vor der Zwangsläufigkeit, Zinszuschüsse zu gewähren. Man muss die Vorlage des Reichsarbeitsministeriums in den Einzelheiten kennen, um zu beurteilen, wie das Reichsarbeitsministerium durch die Schwierigkeiten kommen will. Soweit man die Situation aber jetzt schon überschauen kann, lässt sich nur sagen, dass man in Zukunft nicht ohne stärkere Heranziehung öffentlicher Mittel bauen können wird. Das Projekt, die öffentlichen Mittel auszuschalten und durch den freien Markt zu ersetzen, ist eine Illusion und man wird, sobald die Finanzlage des Reiches Erleichterungen zeigt, sich unverzüglich mit diesen Fragen eingehend zu beschäftigen haben.

Auch für die Grösse der zu bauenden Wohnungen sollen die Zahlen des Notprogramms massgebend sein. Das bedeutet, dass die 165 ooo mit Hauszinssteuermitteln zu errichtenden Wohnungen ungefähr zu 2/3 Kleinstwohnungen sein werden. Die Ausführung richtet sich nach den örtlichen Voraussetzungen. Die Grösse soll bei ausgesprochenen Kleinwohnungen bis rund 45 qm betragen. Bei kinderreichen Familien soll die Grösse von 45 bis 60 qm erreicht bezw. überschritten werden. Für den Bau von Kleinstwohnungen ist besonders der Westen vorgesehen, wonach Auffassung des Reichsarbeitsministeriums der Bedarf an Kleinstwohnungen zur Zeit dringlicher ist als im Osten.

Nach den gewonnenen Erfahrungen nimmt man an, dass die Miete in den Kleinstwohnungen etwa 20 bis 30 Mark pro Monat betragen und 40 Mark nicht übersteigen wird.

An sich wäre es wünschenswert, wenn sich das Kabinett im Rahmen der Klein-

wohnungsbauverbilligung bezw. der Preissenkungsaktion einmal mit der Frage der Miethöhe beschäftigen wollte. Durch den während der Krise erfolgten Druck auf den Lohn und den Abbau der Lohntarife ist eine ganz empfindliche Verringerung des Einkommens weiter Schichten eingetreten. Dagegen ist die Miete auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen unverändert geblieben. Das Verhältnis der Miete zum Einkommen ist zu Ungunsten der Mieter verändert worden. Man kann auch nicht einsehen, warum Miete und Vermieter der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit einer Preisermässigung entzogen werden sollen. Diese Frage steht auch in engsten Zusammenhang mit der Lockerung der Zwangswirtschaft, die für uns dann nur die Möglichkeit einer Erörterung bietet, wenn dem bürgerlichen Recht Bestimmungen zum Schutze des Mieters nach den Forderungen der beiden grossen Mieterverbände eingefügt werden. Die Einführung eines sozialen Mietrechts wird überhaupt dringender, je grösser der Teil der Bevölkerung wird, der auf Neubauwohnungen angewiesen ist.

SPD. Im Reichsernährungsministerium haben am Freitag Abend Verhandlungen mit den Vertretungen der Bäcker und Schlächter stattgefunden, die auf einen Abbau der Brot- und Fleischpreise hinzielen. Wir können nur dazu sagen, dass es die höchste Zeit ist, hier einmal nach dem Rechten zu sehen. Denn in einer Zeit, in welcher der Lohn unter stärkstem Druck steht, sind die Brot- und Fleischpreise nur vereinzelt zurückgegangen. Sie sind im besten Fall unverändert geblieben; vielfach haben sie sich sogar erhöht.

So betrug der ortsübliche Roggenbrotpreis in Berlin im Juni 1930 pro Kilogramm 39 Pfennige; auch heute zahlt man noch denselben Preis, trotzdem die Reichsregierung ihre Preissenkungsaktion proklamierte und das Unternehmertum den Lohnabbau mit dem Hinweis auf die gesunkenen Lebenshaltungskosten begründet. In der fraglichen Zeit - die Erhebungen des Reichsstatistischen Amts liegen bis Ende September vor - ist aber auf Grund der Notierungen an der Berliner Produktenbörse der Roggenpreis von etwa 175 Mark pro Tonne im Anfang Juni auf 150 Mark Ende September zurückgegangen. Gleichgeblieben ist der ortsübliche Roggenbrotpreis auch in Dresden mit 35, in Breslau mit 32, in Frankfurt mit 46, in Stuttgart mit 44, in Chemnitz mit 37, in Mannheim mit 42, in Augsburg mit 48 und in Karlsruhe mit 44 Pfennigen. Der Brotpreis hat sich ermässigt in Hamburg von 39 auf 38 Pfennige, in Köln, wo er aber überaus hoch liegt, von 55 auf 51 Pfennige und in Aachen von 53 auf 45 Pfennige. Die vom Reichsstatistischen Amt ausgewiesene Brotpreisverminderung im Wirtschaftsbezirk Lübeck von 50 auf 42 Pfennige, immer pro kg, beruht auf die Einführung einer anderen Brotsorte ab August. Letzthin hat auch München eine Brotpreisermässigung vorgenommen; aber für die Brotpreisverhältnisse Münchens gilt dasselbe wie für die Kölns: sie liegen trotz der vor einigen Tagen vorgenommenen Reduzierung äusserst hoch. Gestiegen ist der Brotpreis in Essen von 45 auf 48 Pfennige, in Hannover von 34 auf 35 Pfennige, in Dortmund von 36 auf 38, in Magdeburg von 34 auf 35 und in Königsberg von 36 auf 38 Pfennige. Verteuert hat sich auch der Weizenmehlpreis. Er zog z.B. in Berlin, immer für die Zeit von Anfang Juni bis Ende September und für ein kg, von 58 auf 59 Pfennige an, in Hamburg von 54 auf 55, in Dresden von 60 auf 64, in Essen von 60 auf 61, in Hannover von 59 auf 60, in Chemnitz von 60 auf 64 und in Dortmund von 56 auf 60 Pfennige. Dazu kommen Verteuerungen in grossen Wirtschaftsgebieten für weisse Speisebohnen, für Butter, Eier usw. Der Kartoffelpreis hat gegenüber dem Vorjahr und angesichts der diesjährigen Rekordernte nur ungenügend nachgelassen.

Ein besonderes Kapitel für sich sind die Fleischpreise. Hamburg hat nach der Reichsstatistik eine Verteuerung des Rindfleisches (Kochfleisch mit Knochen) von 2,30 auf 2,32 Mark pro kg zu verzeichnen, Essen von 2,20 auf 2,22 und Frankfurt von 2,06 auf 2,10 Mark. In den übrigen Wirtschaftsgebieten ist der Preis gleichgeblieben. Nur der Wirtschaftsbezirk Berlin weist eine Ver-

ringerung von 2,28 auf 2,27 Mark auf. Dagegen ist in Berlin das für die Lebenshaltung der breiten Massen wichtige Schweinefleisch (Bauchfleisch) von 1,99 Mark Anfang Juni bis 2,09 Mark Ende September gestiegen. Für Hamburg liegt eine Steigerung von 2,02 auf 2,08 Mark vor, für Breslau von 1,80 auf 1,82, für Hannover von 1,82 auf 2,03 , für Stuttgart von 2,40 auf 2,50, für Magdeburg von 1,96 auf 2,10 und für Lübeck von 1,90 auf 2 Mark. Merkwürdig ist, dass in anderen Bezirken diese Fleischsorte im Preise erheblich nachgelassen hat. So hat sich z.B. der Preis, für Schweinefleisch (Bauchfleisch) in Chemnitz von 2,40 auf 2,30 Mark gesenkt und in Dortmund von 2,20 auf 2,10 Mark. Der Schluss liegt nahe, dass das, was in Dortmund und Chemnitz möglich ist, auch sicherlich in Berlin oder anderswo möglich sein muss.

Bäcker und Fleischer begründen die Preisüberhöhung immer wieder mit den angeblich zu hohen Löhnen. Deshalb sei folgendes bemerkt: Den gegenüber dem Krieg gestiegenen Löhnen steht eine Reihe von verminderten Unkostenfaktoren in einem Ausmass gegenüber, dass man unmöglich die überhöhten Preise auf die gegenüber dem Krieg gestiegenen Löhne zurückführen kann. Ohne Zweifel liegt bei Brot und Fleisch eine Ueberhöhung der Gewinnspannen gerade bei der Verarbeitung d.h. beim Bäcker und Schlächter vor. Die landwirtschaftlichen Vertreter verweisen immer wieder auf die ungeheure Differenz zwischen den, in vielen Fällen tiefliegenden Erzeugerpreisen für Getreide und Vieh und den hochliegenden Kleinhandelspreisen. Sie haben Recht damit. Hoffentlich bringt der Reichsernährungsminister Schiele, der sich ja gegenüber den Verbrauchern sehr wenig rücksichtsvoll gezeigt hat, die Energie auf, hier mal ganze Arbeit zu machen. Eine Schonung der überhöhten Gewinnspannen in der Verarbeitung liegt weder im Interesse der Verbraucher noch im Interesse der Landwirtschaft. Es ist unbedingt notwendig, dass sie auf ein normaleres Mass zurückgeführt werden.

SPD. Aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet liegen die Jahresabschlüsse für zwei Grosskonzerne vor. Der Klöcknerkonzern, der im Vorjahr seine Dividende heraufsetzte, nimmt diesesmal eine Dividendenreduzierung von 7 auf 6% vor. Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE) belässt es bei einer Dividende von 10%.

Klöckner weist einen Gesamtbetriebsüberschuss von 35,67 Millionen Mark aus gegenüber 37,48 Millionen Mark im Vorjahr. Die Verringerung ist unerheblich. Dagegen haben sich die sozialen Lasten von 7,85 Millionen im Vorjahr auf 7,35 Millionen Mark gesenkt. Die Steuern von 8,04 auf 7,73 Millionen und die Zinsleistungen von 3,378 Millionen auf 3,376 Millionen. Die Abschreibungen sind erhöht und zwar von 10,117 Millionen auf 10,356 Millionen Mark. So errechnet sich ein Rohgewinn von 17,201 Millionen Mark (im Vorjahr 18,209 Millionen Mark) und ein Reingewinn von 6,845 Millionen (im Vorjahr 8,092 Millionen). An Tantiemen wird das runde Sümmchen von etwa 160 000 Mark ausgeworfen. Der Abschluss rechtfertigt ganz entschieden die Dividendenkürzung nicht.

Beim RWE überrascht die Steigerung der Produktionszahlen und zwar hat sich der Stromabsatz um nicht weniger als 34% von 2,067 Milliarden Kilowattstunden auf 2,782 Milliarden gesteigert. Die Steigerung ist um rund 100 Millionen Kilowattstunden grösser als im Vorjahr. Der Betriebsgewinn hat sich von 60,6 Millionen auf 72 Millionen gesteigert. Die Abschreibungen werden um 3 Millionen auf 24,6 Millionen Mark heraufgesetzt. Es verbleibt ein Reingewinn von 25,98 Millionen Mark gegenüber 20,32 Millionen Mark im Vorjahr. Das EWE liefert mit seinem Abschluss den besten Beweis, dass eine starke Reduzierung der Strompreise durchaus möglich ist.

Dividendenkürzung!!

(Börsenbericht für die Woche vom 27.Oktober bis 1.November)

SPD.Berlin, 1.November 30 (Eig.Ber.)

Die Börse schloss am Freitag mit einer scharfen Kurskorrektur nach unten ab. Bemerkenswerterweise wurden davon die Aktien der grossen Banken und der Elektroindustrie getroffen. Hauptleidtragende sind u.a. der Siemenskonzern und die AEG.

Es liegt nahe, den Kursrückgang vom Freitag mit der Arbeitsaufnahme in der Berliner Metallindustrie zusammenzubringen. Die Berliner Metallindustriellen mussten erfahren, dass sie in ihrem Kampf gegen die Berliner Metallarbeiterschaft die Sympathie weiter und auch einflussreicher Kreise nicht auf ihrer Seite hatten. Die Börse reagierte seinerzeit auch auf die Forderung der Berliner Metallindustriellen nach einem weitgehenden Lohnabbau mit Kursrückgang. Die Ablehnung des Scharfmachertums der Berliner Metallindustriellen in weitesten Kreisen ist bei den Industriellen selbst nicht gerade angenehmempfunden worden. Jetzt "revanchiert" man sich auf seine Art: während man bis jetzt nur von einer Kürzung der Dividende bei den Berliner Banken und bei den Berliner Elektrokonzernen munkelte, wird nun offen von einer erheblichen Dividendensenkung gesprochen. Das hat auf die Kurse eingewirkt. Die Tatsache, dass die in Frage kommenden Stellen dem Rückgang der Kurse keinen Widerstand entgegensetzten, deutet darauf hin, dass der Kursrückgang zumindesten von den Elektrokonzernen benutzt wird, um die Auffassung in bestimmten Kreisen über Lohn und Lohnabbau zu "reparieren". Man hat nicht umsonst die Sympathien mit der Berline Metallarbeiterschaft unangenehm empfunden.

Man muss sich darüber klar sein: sinkt die Dividende auch nur bei einer Grossbank und bei einem Elektrokonzern, so fallen für die Konkurrenten die letzten Bindungen; dann beginnt ein munterer Dividendenabbau. Diese Entwicklung sieht die Börse eben kommen und richtet sich heute schon darauf mit ihren "Preisen" ein.

So sind allein in der letzten Woche die Aktien der Danatbank, die besonders in der Industriefinanzierung tätig ist, von 160 auf 150% zurückgeworfen worden. Die Aktien der Deutschen Bank-Discontogesellschaft, des deutschen Riesenkonzerns, sind von 116,25 auf 111,5% gesunken, nähern sich also bedenklich dem Paristand. Nur die Anteile der Reichsbank, bei der es sicherem Vernehmen nach bei der unveränderten Dividende bleiben soll, konnten sich einigermassen behaupten; sie sanken lediglich von 231 auf 226%.

Nicht besser sieht die Situation am Elektromarkt aus. Die Führung haben hier die AEG-Aktien, die ihren Kurs von 124,5 auf 115;75% ermässigten. Ihnen folgten die Siemensaktien, die von 183,75 bis auf 175,5% nachgaben, ferner die Aktien der Gesellschaft für elektrische Lieferungen (Gesfürel), die von 130 auf 123,5% sanken. Eine Sonderbewegung hatten an diesem Markt auf Grund der internationalen Börsenereignisse die Anteile der Compania Hispano (Chade) aufzuweisen, die zunächst von 285 bis 301 Mark pro Stück anzogen, am Freitag dann aber bis auf 291 Mark nachgeben mussten.

Vorangegangen waren diesen Bewegungen aus dem gleichen Motiv, die Furcht vor starker Dividendenkürzung, der Kurssturz der Aktien der Deutschen Linoleumwerke. Hatten sie am vergangenen Sonnabend noch mit 160% eingesetzt, so zeigte sich schon am Schluss dieser Börse eine Senkung bis auf 152,5%, wobei Gerüchte im Umlauf waren, dass sehr ungünstige Verlautbarungen über dieses Unternehmen bevorständen. Als in der Tat kritische Publikationen (siehe Wirtschaftsteil des SPD vom 28.Oktober) erschienen, sank der Kurs in schneller Folge bis auf 132%. Selbst die Rechtfertigungsversuche der Verwaltung konnten, abgesehen von einem Augenblickserfolg, keine Besserung herbeiführen, so dass am letzten Freitag ein Tiefstkurs von 125,5% d.h. nicht weniger als 34,5 Punkte unter dem

Anfangskurs der vorangegangenen Sonnabendbörse, zu verzeichnen war.

Ganz im Gegensatz hierzu stand die Bewegung der Kunstseidenaktien, obwohl nach den Meldungen aus aller Welt die Situation dieser Industrie in der jüngsten Vergangenheit eher schlechter als besser geworden ist. Da aber die holländische Baissespekulation starke Deckungskäufe für ihre Leerengagements vornahm, konnten die Kurse sich beträchtlich befestigen. Der Kurs der Akuaktien stieg daher von 64,5 bis 74,5%, musste aber am Freitag wieder bis ca. 67% nachgeben, immerhin bleibt noch ein Gewinn gegen die Vorwoche. Bembergaktien stiegen in der gleichen Zeit von 69,5 bis 77,5% und sanken am Freitag wieder auf 67,5%; sie hatten also im Gegensatz zu Aku einen kleinen Wochenverlust aufzuweisen.

Mit Bank-, Elektro-, Linoleum- und Kunstseideaktien ist der Kreis der stark bewegten Aktien innerhalb der letzten Börsenwoche erschöpft. Nur die sehr hoch stehenden Salzdetfurthaktien hatten noch eine beachtliche Schwankung zu verzeichnen. Während sie die Vorwoche mit einem Kurs von 279% schlossen, mussten sie inzwischen langsam bis auf 263,5% nachgeben. Dagegen zeigten I.G.Farben mit Schwankungen zwischen 143,5 und 139,75% innerhalb der Woche nur geringfügige Veränderungen. Das gleiche gilt für die Warenhausaktien, Karstadt und Tietz, die ebenfalls nicht über 2 Punkte hinaus ihren Kurs veränderten.

Von den bei der Spekulation besonders beliebten Spielpapieren, so den Spritaktien, ist hervorzuheben, dass Schultheissaktien von 187,5 bis auf 176,5% und Ostwerke von 149 auf 140% zurückgingen. Weniger stark war der Verlust der ebenfalls zu dieser Kategorie gehörigen Polyphonwerkeaktien, die nur von 154,5 auf 150% fielen.

Schliesslich bleibt noch die unveränderte Widerstandsfähigkeit der Mehrzahl aller Montanaktien zu betonen - die Kursverschiebungen gingen nicht über 2 Punkte hinaus -, da an diesem Markt nach wie vor systematische Käufe von rheinisch-westfälischer Industrieseite erfolgen.

SPD. Das Statistische Reichsamt teilt mit: "Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Oktober auf 145,4 gegenüber 146,9 im Vormonat. Sie ist somit um 1,0 v.Hundert zurückgegangen.

Dieser Rückgang ist im wesentlichen durch eine weitere Senkung der Ernährungsausgaben bedingt. Hier lagen die Preise für Kartoffeln und Gemüse, aber auch die Preise für Butter, Fleisch, Brot und Mehl niedriger als im Vormonat. Gestiegen sind nur die Eierpreise. Die Preise für Bekleidung haben ihren Rückgang fortgesetzt. Die Ausgaben für den sonstigen Bedarf haben sich infolge der Seifenpreise ermässigt. Die Indexziffern für die einzelnen Gruppen betragen (1913/14 = 100): für Ernährung 139,5, für Wohnung 130,7, für Heizung und Beleuchtung 153,5, für Bekleidung 158,6, für den sonstigen Bedarf einschliesslich Verkehr 192,7."

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 31. Oktober: I. 142 Mark, II. 130 Mark, III. 114 Mark. Tendenz: stetig.

Unzureichendes Roggenangebot.

(Berliner Getreidebörse vom 31. Oktober)

SPD. Die Eröffnungsnotierungen am Markte der Zeitgeschäfte der Berliner Produktenbörse waren am Freitag leicht abgeschwächt, jedoch konnten im Verlaufe der Börse die Verluste wieder eingeholt werden. Im allgemeinen war die Stimmung ruhiger als an den letzten Tagen, was sich auch im Handel mit effektivem Brotgetreide bemerkbar machte. Allerdings blieb das Angebot an Weizen und Roggen weiter klein. Da die Nachfrage anhielt, konnten unveränderte Preise erzielt werden. Gegen Schluss der Börse gingen die Preise sogar noch etwas in die Höhe. Insbesondere fehlte es in Berlin an Roggenangebot aus frachtgünstigen Bahnstationen. Auch am Mehlmarkt war ein Stillstand der Aufwärtsbewegung eingetreten. Die Nachfrage nach beiden Sorten war wesentlich kleiner geworden. Nur für billiges Roggenmehl hält das Interesse an. Die Forderungen der Mühlen lauteten unverändert. Hafer hatte sehr stilles Geschäft. Das Angebot war nicht reichlich, übertraf aber noch immer die Nachfrage.

	30. Oktober	31. Oktober
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	233 - 235	235 - 237
Roggen	148 - 150	149 - 151
Braugerste	184 - 210	184 - 210
Futter- und Industriegerste	165 - 176	165 - 176
Hafer	141 - 152	141 - 151
Weizenmehl	27,75-36,50	27,75-36,50
Roggenmehl	23,75-26,75	23,75-26,75
Weizenkleie	7,25- 7,75	7,25- 7,75
Roggenkleie	6,75- 7,25	6,75- 7,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober 250 - 252 Geld, Dezember 257 - 256,50 - 257,50 - 257, März 274. Roggen Oktober -, Dezember 172,50 März 189 und Brief. Hafer Oktober 153,50, Dezember 157,75 - 157, März 171.50 - 171 und Brief.

Berliner Viehmarkt.

(31. Oktober)

SPD. Auf dem Schweinemarkt hatte sich am Freitag die Lage gegenüber dem letzten Markt nicht geändert. Bei nicht befriedigendem Angebot zogen die Preise an. Erhebliche Preissteigerungen gab es auch am Hammelmarkt, die ebenfalls auf nicht genügendes Angebot zurückzuführen sind. Am Rinder- und Kälbermarkt war der Auftrieb reichlich. Die Preise gaben am Kälbermarkt nach, während am Rindermarkt die letzten Notierungen behauptet werden konnten.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark: Kühe: a) 40 - 47 (voriger Markt 40 - 46), b) 30 - 37 (30 - 37), c) 26 - 29 (26 - 29), d) 20 - 25 (20 - 25), Kälber: a) - (-), b) 75-85 (78 - 88), c) 68 - 82 (70-85), d) 42-65 (45 - 65), Schweine: a (über 300 Pfund) 61 - 62 (59 - 61), b)(240 - 300 Pfund) 62 - 63 (60 - 62), c) (200-240 Pfund) 62 - 63 (59 - 62), d) (160 - 200 Pfund) 58 - 61 (57 - 60), e) (120 - 160 Pfund) 55 - 57 (54 - 57), f) (unter 120 Pfund) - (-), g) (Sauen) 56 (54 - 55).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S+P+D

Berlin, den 31. Oktober 1930

Herr Leutnant, bitte eine Zigarette...x

SPD. Im Kasino erzählte der Major Abends einmal die Geschichte von dem Spion Henri Marin. Das Gespräch der jüngeren Offiziere hatte sich Erinnerungen zugewandt, die durch die besondere Kaltblütigkeit einer der handelnden Personen bemerkenswert geblieben waren.

Der Major hatte sich eine Zigarre angezündet, die ihm die Ordonnanz auf einem Teller gebracht hatte. Das Kraut schien ihm zu schmecken. Er blies den Rauch behaglich in die Luft, wo sich bläuliche Ringe bildeten.

"Meine Herren", begann der Major, "die Geschichte,die ich beisteuern will, dreht sich nur um eine Zigarette. Niemals aber habe ich einen Menschen in solcher Situation und mit solcher Kaltblütigkeit rauchen sehen wie den Spion Henri Marin." Die jüngeren Offiziere baten um eine Darstellung des Vorfalles.

Der Major zog wieder geniesserisch an seiner Zigarre. Dann nahm er seine Erzählung auf: "Ich war damals noch Leutnant und lag in irgendeinem französischen Nest. Es war im Juli 15. Eines Tages bekam ich den Befehl, mit ein paar Mann die Erschiessung eines Spions vorzunehmen. In aller Frühe holte ich also den Verurteilten aus seinem Gewahrsam ab, brachte ihn in den Hof, an die Wand. Ich sah ihn jetzt zum ersten Mal. Es war ein Kerl,der imponieren konnte.Gross, kalt,beherrscht. Was er auf dem Kerbholz hatte, wusste ich nicht. Ich hatte ihn nur erschiessen zu lassen. Aber er musste uns wohl eine verdammte Suppe eingebrockt haben; der Kerl sah ganz danach aus.

Ruhig und mit einer gewissen Verachtung blickte er über die Gewehre meiner Leute hin. Als ich zu ihm trat, um ihm ein Tuch über seine Augen zu binden,hob er abwehrend die Hände, und ich hörte zum ersten Mal sein fabelhaftes Deutsch: "O, bitte nicht! Aber wenn ich noch einen Wunsch äussern darf,Herr Leunant?" Ich sah ihn fragend an. Wollte er einen Brief bestellt haben? An eine Frau? Oder hatte er das Bedürfnis, noch einmal mit dem Geistlichen zu sprechen?

Aber der Mann sagte: "Herr Leutnant, wenn ich um eine Zigarette bitten darf. Ich hungere seit Tagen danach."

Seine Augen brannten in seinem blassen Gesichte. Der fahle, trockene Mund bebte. Ich war überrascht und unschlüssig. Eine Zigarette...Jetzt! Durfte ich? Ich sah zu meinen Leuten hin. Die standen Gewehr bei Fuss. Kein Muskel in ihrem Gesichte zuckte.

"Herr Leutnant!" bat der Mann neben mir.

Da setzte ich mich über all' Einwendungen meines militärischen Ich hinweg und zog mein Zigarettenetui. Der Mann sagte nur: "Dank! Dank!", und ich gab ihm selbst Feuer.

Es war eine merkwürdige Situation. Der Spion, das Gesicht den lauernden Gewehren zugewandt, lehnte an der Mauer und rauchte seine letzte Zigarette.Sein Leben glühte mit ihr zu Ende. Manchmal liess er seinen Blick in die Höhe,zu den Wolken schweifen, die gross und weiss am Sommerhimmel hinzogen. Er rauchte so ruhig wie wir hier im Kasino.

Ich sah oft auf die Uhr. Mir schien die Zeit, die man zum Rauchen einer Zigarette benötigte, endlos lang zu sein. Was musste er für Empfindungen haben! Wenn er den letzten Zug aus der Zigarette tat, würde mein Kommando zum Feuern erschallen. Rauchte er nicht absichtlich langsam, um noch Sekunden mehr von diesem Himmel, dieser Luft, diesem bisschen Welt zu geniessen?

Ich täuschte mich. Er war nicht im geringsten unruhig. Sein Gesicht wurde, wenn auch blass, eigentlich immer heiterer, als wäre ihm ein grosser Wunsch in Erfüllung gegangen. Er sah mich fast lächelnd an - in einer geheimnisvollen Solidarität, möchte ich sagen.

Er hatte meine Unruhe bemerkt. Meine Herren, ich brauchte mich über ihn nicht zu beklagen. Ich hatte die letzte Vergünstigung keinem Unwürdigen gewährt. Der Mann verstand zu sterben.

"Sofort, Herr Leutnant!" beruhigte er mich in höflichstem Tone. "Es dauert Ihnen zu lange? Ich verstehe...Befehl ist Befehl. Aber - haben Sie Dank!

Er tat noch einen langen, tiefen Zug. Dann warf er die Zigarette weg, stellte sich kerzengerade hin und blickte in die Mündung der jetzt auf ihn gerichteten Gewehre.

Kurt Rudolf Neubert.

Das mörderische Streichholz.[x]

SPD. Wenn wir achtlos in die Tasche greifen und eine Schachtel Streichhölzer herausziehen, um eins zu entzünden, dann denken wir wohl kaum daran, dass diese kleinen nützlichen Dinger, die bald ihren hundertsten Geburtstag feiern können, in unsrer Zeit zu einem weltpolitischen Machtfaktor geworden sind; dass sie, von schlechtbezahlten Arbeitern und raffiniert ausgeklügelten Maschinen erzeugt, ihrem obersten Herrn ein phantastisches Vermögen eingebracht haben, das ihn in den Stand setzt, in der hohen Politik mitzureden, Staatsanleihen zu bewilligen, Gesetze zu veranlassen, Monopole zu erzwingen. Diese kleinen Hölzer, durch die wir alle in allen Ländern der Welt heute einem Herren Tribut zahlen, diese Zündhölzer, die hinter Gefängnismauern von einem Revolutionär erfunden wurden, haben schon ganz andere Brände erzeugt als die einer Zigarre und eines Herdfeuers. Sie sind die Legionen, die für einen Industriemagnaten in allen Teilen der Welt Schlachten schlagen: für diesen merkwürdigen und von Geheimnissen umwobenen Junggesellen in Stockholm: Ivar Kreuger.

Im Jahre des Hambacher Festes - 1832 - war auch ein Siebmacher und Trommelfabrikant mit von der Partei, die gegen den Bayernkönig und für die Herrschaft des Volkes kämpfte. Kammerer hiess er. Er wurde verhaftet und auf dem Hohenasperg gefangengehalten. Seine Zelle baute er zu einem Laboratorium aus und erfand dort die ersten Phosphorhölzer. Es gelang ihm, zu fliehen. Er kam in die Schweiz und gründete dort die erste Fabrik für Schwefelhölzer. Auch in der Schweiz blieb er Revolutionär, sammelte die politischen Flüchtlinge in seinem Hause, wurde später begnadigt, hatte jedoch ein trauriges Ende: er starb im Irrenhause.

Aber seine Erfindung war ein Danaergeschenk. Es brachte der Menschheit nicht nur Licht und leichtere Herrschaft über das Feuer; es brachte auch Unglück und Fluch. Nicht die Feuergefährlichkeit war das Schlimmste, gegen die sich die Gesetze und Erlasse vieler Regierungen wandten, weil die neuen Hölzer bei einer bestimmten Temperatur von selbst zündeten. Der gelbe Phosphor, den man damals verwandte, war giftig und eine Gefahr für die Verbraucher wie auch für die Hersteller. Bei den Arbeitern der Zündholzfabriken trat nach einiger Zeit eine Krankheit auf, die die Aerzte lange für Syphilis hielten. Mit Zahnschmerzen fing es an. Dann wurden die Kieferknochen zerfressen, die Augenhöhlen, die Schädelecke. Viel später erst erkannte man, dass die giftigen Phosphordämpfe die Ursache waren.

Dennoch schritt die Entwicklung weiter. Man ersetzte den giftigen gelben durch ungiftigen roten Phosphor, nahm den Phosphor schliesslich ganz heraus und übertrug ihn auf die Reibfläche. Das "Sicherheitszündholz ohne Phosphor und Schwefel" war erfunden. Aber die Industrie wehrte sich: die Herstellung wurde verteuert. Lieber wollte man Arbeiter um ihre Gesundheit schädigen als die Her-

stellung verteuern. Und noch lange konnten Lebensmüde einfach die Streichholzköpfe schlucken, von denen schon ein paar langten, um einen Menschen auszulöschen, eine Selbstmordart, die vor einigen Jahrzehnten nicht selten war. Allmählich setzten sich dann die Sicherheitszündhölzer doch durch. Die Regierungen erliessen Gesetze, und die Streichhölzer wurden mehr und mehr in der Form erzeugt, wie wir sie heute kennen. Es war – für die Unternehmer – ein einträgliches Geschäft. Zur Errichtung einer Fabrik gehörte nicht sonderlich viel Kapital. Absatzmöglichkeiten waren in grossem Masse da, denn das Streichholz wurde sehr bald ein Konsumartikel, den selbst der Aermste sich leisten kann und muss. Ausserdem wurden nirgends so niedrige Löhne bezahlt, da die notwendigen Arbeiten auch von Frauen und Kindern geleistet werden können und zu zwei Dritteln geleistet wurden. Ueberall dort, wo man das notwendige Holz zur Verfügung hatte – zur Herstellung von Streichhölzern eignet sich aus chemischen Gründen nur Espenholz –, schossen die Zündholzfabriken wie Pilze aus der Erde. Bis schliesslich die Produktion so gross wurde, dass man nicht mehr wusste, wohin man exportieren sollte. Zahlreiche Fabriken mussten wieder schliessen. Andere arbeiteten nur noch verkürzt. Unzählige Arbeiter lagen auf der Strasse.

Da erkannte ein Mann die grosse Chance: Ivar Kreuger.

Schon sein Vater hatte Zündholzfabriken. Er aber wurde zunächst einmal Ingenieur, ging nach Amerika, verdiente durch Bau- und Finanzierungsgeschäfte und kam dann in seine schwedische Heimat zurück.

Kreuger sah, welche Möglichkeiten sich bieten würden, wenn die vielen einzelnen Zündholzfabriken, die gegeneinander konkurrierten, zusammenarbeiten würden. Langsam gelang es ihm, durch Aufkauf und geschickte Verträge die schwedische Zündholzindustrie, die schon immer führend war, zusammenzuschliessen. Er sicherte sich die Holzbestände und begann, langsam auch alle ausländischen Industrien seinem Konzern einzuverleiben oder dienstbar zu machen. Ueberall wuchs sein Einfluss. In allen Ländern der Welt bis in Japan waren seine Kampfschauplätze: das Blut, das floss, war Arbeiterblut. Wo es ging, zwang er die Fabriken in seinen Konzern: durch geschickte Verträge, durch Aufkauf, durch hochbezahlte Stellungen, die er den selbständigen Fabrikanten anbot. Wo es nicht gut ging, schaffte er es mit Gewalt. Er grub den Anderen das Wasser ab, nahm ihnen die Rohmaterialien weg, senkte vorübergehend die Preise bis unter die Herstellungskosten, sodass den Kleinen der Atem ausging. Als er so gross geworden war, machte er seine Geschäfte mit der Politik. Er bot Staaten, die in finanziellen Schwierigkeiten waren, Anleihen an und erwirkte dafür Monopole. In diesen Ländern schnellten dann die Zündholzpreise sehr schnell in exorbitante Höhen: die Anleihen, die Kreuger gab und gibt, trugen doppelte Zinsen. Zuerst versuchte er es in einigen südamerikanischen Staaten. Heute macht er auch in Europa solche Verträge, die die Uebermacht eines Finanzmagnaten über Politiker und Politik zeigen. Frankreich war der Versuchsballon. Vor kurzem hat Kreuger sich durch eine Anleihe, die er Deutschland gab, auch das deutsche Zündholzmonopol gesichert.

Kreugers Weltmonopol hat heute nur noch einen Feind, den er durch diese Taktik langsam einkreist: die Sowjetunion. Die Bolschwisten haben sich, durch das umfangreiche Vorkommen von Espenholz begünstigt, mit Vehemenz auf die Streichholzfabrikation geworfen. Sie haben mustergültige Fabriken, erstklassige Maschinen und liefern aus Konkurrenzgründen ausgezeichnete Ware. Aber Kreuger, der Zündholzkönig der Welt, hat die grössere Macht, hat mehr Mittel zur Verfügung und bereits eine ganze Menge von Staaten vertraglich gebunden. Wie wird der Kampf ausgehen?

Kreuger hält sich geschickt fern von allen Betrugs-, Bestechungs- und Skandalaffären, die andere Industrien auszeichnen. Aber auch er hat Arbeiter hungern, hat Arbeiter bluten lassen. Die Kämpfe der Grossen werden immer auf dem Rücken der Kleinen ausgefochten.

Einer der nächsten Kriege wird der grosse Streichhölzerkrieg um das Weltmonopol sein. Kreuger contra Sowjetrussland. Auf allen Kriegsschauplätzen der

Welt bereitet sich dieser Krieg vor. Es wird ein moderner Krieg sein ohne Kanonen und ohne Granaten. Dennoch werden viele Tote und Verwundete auf den Schlachtfeldern bleiben.

Mario Mohr.

Der Stern läuft...[x]

SPD. Abends um 9 Uhr 15 Minuten und 6 Sekunden Sternenzeit schrie auf einmal eine Stimme im Nebenzimmer: "Du! Du! Komm mal schnell! Der Stern läuft!" Mein Füllfederhalter spie einen schwarzen Fleck auf meinen neuen Roman, den ich gerade beenden wollte. Dann stürzte ich mit platzendem Kragen zu ihr, die mich gerufen hatte. Es war nämlich eine Sie. Ob es meine Frau war, das gehört nicht hierher; und übrigens interessiert das niemanden.

Ich kam gerade noch zurecht, um sie in meinen Armen aufzufangen, denn der laufende Stern hatte ihr armes Gehirn überanstrengt. "Ich glaube, ich werde ohnmächtig", hauchte sie, "schau mal da drüben den Stern, der läuft über den Himmel." – "Merkwürdige Sterne", dachte ich, und ich erinnerte mich, dass ich heute Mittag vergessen hatte, den Schrank mit den Likören zuzuschliessen. Dann aber sah ich der Ordnung halber einmal flüchtig zum Fenster hinaus – und stierte. Unwillkürlich drückte ich mein Gesicht fester an die Fensterscheibe: drüben, über der Häuserreihe auf der andern Seite der Strasse lief ein Stern langsam über den nachtdunklen Himmel. "Das liegt im Glase", belehrte ich. "Siehst du, mein Kind, eine Fensterscheibe ist nicht ganz regelmässig. Deshalb bricht sich das Licht, und wenn du dich nur ein ganz klein wenig hin und her bewegst, dann scheint es so, als ob der Stern liefe."

Kalter Schweiss trat mir auf die Stirn. Denn seit meiner Schulzeit habe ich keine Physik mehr getrieben. Und auch damals nur unvollkommen. Aber "sie" liess meine Erklärung garnicht gelten, sondern riss das Fenster auf, deutete auf den sich am Himmel bewegenden Lichtpunkt und rief: "Schau dort! Kein Glas, und er bewegt sich doch!"

Zuerst erinnerte ich mich flüchtig daran, diesen Ausspruch schon einmal in ähnlicher Form gelesen zu haben. Dann schalt ich, dass Frauen, wenn sie schriftstellern (denn "sie" schriftstellert) keine Achtung vor dem geistigen Eigentum anderer Menschen haben. Aber drittens bewegte sich der Stern wirklich. Er hatte ganz rechts angefangen, war dann immer mehr in unser Gesichtsfeld gekommen und lief jetzt schon mit einer gewissen behaglichen Geschwindigkeit nach der linken Seite der Strasse, dorthin, wo die Kirche steht. Auf dem Kirchturm ist eine hohe Antenne, und da ich nun einmal durch meine höhere Schulbildung gezwungen bin, naturwissenschaftlich zu denken, so kombinierte ich, dass vielleicht vom Pariser Eiffelturm ein Funkspruch unterwegs sei, der sein Ziel verfehlt hat und jetzt im Dunkel der Nacht umherirrt, bis er seine Antenne gefunden hat. Ich freute mich schon königlich auf den Augenblick, wo er an die Antenne auf der Kirchturmspitze stossen musste. Das würde eine Ueberraschung sein! Und es war dem armen Kerlchen auch zu gönnen; denn schliesslich ist es kein Vergnügen, in einer fremden Stadt am nächtlichen Himmel über die Dächer zu spazieren, und – –

"Du! Du! Jetzt ist der Stern schon hinterm Kirchturm!"

Ein furchtbarer Schrecken ergriff mich. War ich am Ende wahnsinnig geworden? Träumte ich? Der Stern lief noch immer. Von einem laufenden Stern, wenn er nicht gerade ein Komet war, stand nirgends etwas zu lesen. Und die Kometen kommen doch, soviel ich weiss, von oben nach unten, aber nicht von rechts nach links. Ausserdem laufen sie nicht, sondern sie rasen. Ein Augenblick – dann ist's schon vorbei. Dieser Stern aber lief. Er lief wie eine Schnecke; er kroch eigentlich. Er kroch so langsam, dass ich es nie bemerkt haben würde, wenn "sie" es nicht gesehen hätte. "Du bist an allem schuld", entschied ich daher die Frage.

Nun gab es einen kleinen temperamentvollen Wortwechsel, und als meine Faust durch die Fensterscheibe hindurchgestossen hatte, klingelte es, und mein Freund Artur kam zu Besuch. "Habt ihr den Flieger gesehen?" fragte er. "Er hat einen grossen Scheinwerfer mit und sah fast wie ein Stern aus. Er kam von einem Rekordflug und flog nach dem Tempelhofer Felde."

"Frauen sind doch zu überspannt!" sagte ich. "Du machst dir keine Vorstellung, lieber Artur, auf was für Ideen so ein Geschöpft bei dem kleinsten Anlass kommt!"

Mit diesen Worten ging ich aus der Tür, kehrte in mein Arbeitszimmer zurück, trocknete mit einem Löschblatt sorgfältig den grossen Klecks auf, der auf der letzten Seite meines Manuskriptes schwarze Orgien feierte, wälzte dann die Papiermasse entschlossen nach der anderen Seite um und schrieb auf das Titelblatt meines neuen Romans: "Der laufende Stern."

Walter Meckauer.

Vom Gänsekiel zur Schreibmaschine.[x]

SPD. Haben Sie schon einmal mit einer Gänsefeder geschrieben? Wenn Sie das noch nicht getan haben, so können Sie sich keinen Begriff von dem Fortschritt machen, den die Menschheit seit hundert Jahren erlebt hat. Genau vor hundert Jahren wurde die Stahlfeder erfunden. Einem Einwohner der englischen Stadt Birmiagham verdanken wir diese technische Umwälzung. Der Mann hiess Berry; er war ein pfiffiger Geschäftsmann, erntete aber, wie alle grossen Geister, nur Undank für seine Leistung. Die Erfindung der Stahlfeder blieb zunächst lange Jahre hindurch unbeachtet. Die Welt hatte Wichtigeres zu tun...Man machte Revolutionen, gründete Königreiche und Republiken, verjagte Fürsten von ihrem Thron. Die kleine Revolution der Schönschreibekunst vollzog sich unbemerkt im Schatten grosser Ereignisse.

Darum jedoch nicht wirkungsloser. Die Gänse, die bis dahin die Schreibfedern geliefert hatten, schnatterten Triumph. Allerdingsnicht lange. Denn ein kluger britischer Gänsekielfabrikant, dessen Waren sich gegenüber der Konkurrenz aus Metall nicht mehr behaupten konnten, stellte sich geschwind um. Zahnstocher aus Gänsefedern wurden eine Zeitlang die grosse Mode. Jeder Brite von Welt trug ein solches Instrument in seiner Westentasche, und jede Schöne aus der Biedermeierzeit schleppte es in ihrer Handtasche mit sich herum. Die Zahnstocherfabrikanten verdienten Millionen; die Stahlfederfabrikanten ebenfalls. Alle Welt war zufrieden - mit Ausnahme der Gänse, die nach wie vor gerupft wurden.

Heute also ist die Stahlfeder hundert Jahre alt. Man mag sich wundern, dass sie überhaupt so lange ausgehalten hat. Bestrebungen sind im Gange, die Jubilarin zum alten Eisen zu werfen. Der Füllfederhalter und die Schreibmaschine haben das Todesurteil der braven Stahlfeder geschrieben. Es gehört heute allerdings noch nicht zum guten Ton, Liebesbriefe in Maschinenschrift zu versenden. Doch die Sitten passen sich ja immer dem jeweiligen Stande der Technik an. Darum braucht es uns durchaus nicht zu verwundern, wenn in zehn oder zwanzig Jahren der Mensch die Kunst der Schönschreibens so gut wie ganz verlernt haben wird. Wenn in Zukunft einmal jeder arme Teufel im eigenen Auto nach dem Wohlfahrtsamte fährt, schlägt die Sterbestunde der guten alten Stahlfeder. Die A=B=C=Schützen werden nicht mehr mit der Schiefertafel, sondern mit der Remington=Portable sich an den Ohren krauen.

Der Weg zum Ruhm ist mit Enttäuschungen gepflastert. Diese Enttäuschungen lernte auch die Stahlfeder ausgiebig kennen. Es ging ihr in dieser Beziehung wie ihrer Landsmännin und gleichaltrigen Schwester, der Eisenbahn. Genau um die gleiche Zeit, als Berry seine erste Stahlfeder auf den Markt warf und allgemei=

nes Misstrauen hervorrief, wurde die erste Eisenbahn der Welt zwischen Manchester und Liverpool feierlich eröffnet. Es hagelte nur so von Protestschreiben in säuberlicher Gänsefederschrift. "Wie kann man", empörte sich eine Dame aus der Gesellschaft in einer Zuschrift an eine Zeitung, "wie kann man gut erzogenen Menschen je zumuten, sich in ein solches Monstrum (Eisenbahnwagen) zu setzen" Ein alter Mann schimpfte über die "Errungenschaften der Neuzeit", die Lokomotiven, Dampfmaschinen und übrigen "Saranstücken", zu denen auch die unschuldige Stahlfeder gehörte. "Die Bibel", fuhr dieser alte Herr fort, "enthält nichts über diese Gegenstände, und wenn Gott gewollt hätte, dass seine Kreaturen in der haarsträubenden Geschwindigkeit von fünfzehn Meilen (24 Kilometer!) in der Stunde mit Dampf dahinführen, so hätte er es durch einen seiner Apostel mitgeteilt. Alles das sind höllische Listen, mit denen der Leibhaftige die unsterblichen Seelen an sich zu locken sucht."

Trotz dieser Vorurteile setzte sich – wie ihre Schwester, die Eisenbahn – auch die Stahlfeder durch. Obwohl sie bald in allgemeinen Brauch kam, gab es jedoch immer noch Leute, die von der traditionellen Gänsefeder nicht lassen wollte Der grosse englische Staatsmann Gladstone gehörte auch zu ihnen. Bis zu seinem Tode schrieb er keinen Brief, unterzeichnete er kein Aktenstück mit einer Stahlfeder, weil er sie als plebejisch verachtete. Vor einigen Jahren haben weibliche Snobs versucht, den Gebrauch der Gänsefeder wieder populär zu machen. Vielleicht wegen der unwiderstehlichen Anziehungskraft, den dieser Bestandteil einer Gans auf die jungen Damen ausübte. Der Versuch ist kläglich gescheitert. Die Gänsefeder ist ausgestorben, die Stahlfeder ringt mit dem Tode, der Füllfederhalter und die Schreibmaschine tragen Triumphe davon wie jener Feldherr des Altertums: ich kam, ich schrieb, ich siegte.

B.M.V.

Der Maler Anton Leidl.

SPD. Während in Berlin jeder ausländische Künstler, namentlich jeder französische, mit grosser Ausführlichkeit besprochen wird, müssen einheimische, solange ihr Name keinen Marktwert besitzt, wie die Veilchen im Verborgenen blühn. Dazu kommt das tief eingefressene Vorurteil gegen den Illustrator, der auch heute noch hinter den repräsentativen Maler zurückgesetzt wird. Wie leicht hat es ein Liebermann oder Slevogt oder Trübner gehabt, um anerkannt und gefeiert zu werden – und wie elend hat sich ein Zille durchschlagen müssen, genau wie sein grösserer französischer Vorgänger Baumier, ehe man ihn für voll nahm.

So fühlt sich die bürgerliche Presse auch kaum bemüssigt, von dem Münchener Illustrator Anton Leidl Notiz zu nehmen, der etwa ein halbes Hundert Zeichnungen in einer Berliner Privatgalerie ausgestellt hat. Und doch verdient dieser Künstler die grösste Beachtung. Er vereinigt zwei Vorzüge, die man nur äusserst selten beieinander findet: die spielend leichte Beherrschung der Form und den zündenden Witz des Einfalls. Die grossen Meister pflegen sich, sobald sie anerkannt sind, wie die Schnecken in ihr eigenes Genie-Häuschen einzukapseln und sich hochmütig aus dem Alltag zurückzuziehen. Von diesem Vorwurf ist auch Max Liebermann nicht freizusprechen. Dieser Anton Leidl aber ist nicht hochmütig und selbstzufrieden: ihm drängt sich der Zeichenstift in die Hand, wenn er etwas Lächerliches und Unnatürliches sieht.

Mit einer Ansicht von Tivoli oder mit einer Münchner Baustelle weist sich Leidl als Meister der Graphik aus. Aber damit nicht zufrieden, nimmt er die vier Fakultäten der staatlich abgestempelten Wissenschaft her; er ist boshaft genug, die Juristerei als "Verein zur Erhaltung der Todesstrafe" zu kennzeichnen und die Medizin als ein kurzsichtiges München, das mit einem durchlöcherten Schmetterlingsnetz den Tod einzufangen gedenkt. Er weiss auch sehr wohl Bescheid mit

dem Zilleschen "Milljöh", wenn er Vagabunden auf der Walze oder im Obdachlosen=asyl porträtiert. Aber er prangert auch kleinbürgerliche Vereinsbrüder oder Bordellbesucher oder Teilnehmer an einem Begräbnis an. Und er schwingt sich in die Sphären der Politik, in Baumiers Reich, auf, wenn er vor dem leeren Ober=bürgermeistersessel, in dessen zerschlissenem Futter eine Vogelfamilie nistet, die "Akten des Falls Böss" auf einem Schubkarren vorüberschleppen oder die "Diktatur" als gepanzerte Faust aus den Wolken auf eine hülflos zusammengepferchte Menge niedersausen lässt.

Kurzum: Anton Leidl, der dank der chinesischen Mauer, die sich um seine Münchner Vaterstadt zieht, kaum anderswo bekannt wurde, ist vielleicht als der stärkste politische Zeichner der deutschen Gegenwart anzusprechen - auch dann, wenn die offizielle bürgerliche Kunstkritik verständnislos an ihm vorbeisieht.

Hermann Hieber.

Der Roman der italienischen Front.

SPD. Die Romane über den Weltkrieg beginnen sich zum lückenlos=umfassenden Ganzen zusammenzuschliessen: Remarque und Renn gaben den westlichen, Arnold Zweig den östlichen Kriegsschauplatz; mit Barbusse, Mottram ("Der spanische Pachthof") und John dos Passos kamen Franzosen, Engländer und Amerikaner zu Wort; Helen Smith in "Frau Biest pfeift" für die Frauen, Schauwecker und Jünger für die Bejaher des Kriegserlebnisses; Infanterie, Sanitäter, Matrosen fanden ihre besonderen Schilderer. Und nun ist auch der italienischen Front, wie sie de Oesterreicher sah und schauernd erlebte, der Gestalter entstanden: der Sozialist Josef Hofbauer.

Er gibt seinem Werke "Der Marsch ins Chaos" (Wien, Dr. Hans Epstein und Phaidon=Verlag) nicht den Untertitel "Roman", und der Leser versteht sehr bald, warum. Romanhafte Verwicklung wird nämlich nirgends in diesem Buche angestrebt, interessantes Einzelschicksal nicht weiter herausgearbeitet; der Krieg selbst, und zwar der typisch österreichische im Karst und an der Isonzofront, soll der Held sein und bleiben. Deshalb steht im Mittelpunkte des Berichts ein Wiener Regiment, bunt, vielsprachig und uneinheitlich wie alle Heereskörper der habsburgischen Monarchie: da gibt's Urwiener und Steirer, in Wien heimische Tschechen und Tschechen reinsten Wassers, Sudetendeutsche und Slovenen; da wirren Sprachen und Dialekte, Anschauungsweisen und politische Neigungen chaotisch durcheinander, und über dem allen steht das unnachahmliche, sklavisch=harte Kasernendeutsch der Feldwebel und Offiziere, Dorniger, Prochska, Kirschenbauer, Müller, Krinetzky - wir hören die Namen und sehen die Personen, aber eigentlich kommt es auf sie blutwenig an. Um was es in Wahrheit geht, das sind die Rypen: der "deutsche" Turner, dem Menschenschlächterei und Kriegsmechanismus die grause Sinnlosigkeit des ganzen Geschehens und aller patriotischen Turnvereinsphrasen ins Bewusstsein hämmern; der Halbtscheche, der zwischen Donaustadt und der Sprache des Blutes nicht ein noch aus weiss; der klassenbewusste, jeden Mord auch unter Lebensgefahr meidende Arbeiter; der "Tachinierer", der trotz allem rund und fett zu werden und im Hinterlande zu bleiben versteht; der in allen niedrigen Instinkten entbundene, zwischen "Tapferkeit" und Drückebergerei hin und her pendelnde Plattenbruder; dazu die kleinen, das kommende Unheil ahnenden Reserveoffiziere, die im bequemen Unterstande hausenden Oberen, die martialischen Generale, der fette "Feldmarschall" Erzherzog Friedrich.

Man muss dieses bunte, ungeordnete Vielerlei an sich vorbeiziehen sehen, vorüberrauschen hören; erst dann weiss man, was gerade der österreichische Krieg war, wie er sich von "Nachmusterung" zu "Nachmusterung", von "Spitalvisitation" zu "Spitalvisitation" mit seinen grollend=passiven, innerlich entfremdeten "Vaterlandsverteidigern", mit seinen marschierenden Hungerleidern und

Gerippen zu Tode laufen musste. Der Auseinanderfall in die Atome, das ist das Kernthema des Buches. Die einzelnen Akte sind die Ausbildung in Graz, das Leben in der südslavischen Etappe, die kalten, niedrigen, wasserlosen Unterstände in den Gesteinen des Karst, das durch Korruption und Schieberei doppelt unerträgliche Elend im Hinterlande, die nutzlos hinwogenden Kämpfe um jeden Schritt Boden am Isonzo und endlich jenes Letzte, Zermürbendste, da die Front zerreist, da die Italiener sich vorwärts wälzen und die Söhne der verschiedenen Nationen, eben noch Kampfgenossen, sich erbittert gegeneinander wenden. Die Vertierung des Menschen, die Verengung des Schauens auf ganz wenige, lebenswichtigste Gegenstände, die beklemmende Verrohung der Vorstellungen und Worte, Mord und Sterben in entsetzlichster Gestalt, das alles kennen wir auch aus den anderen Kriegsromanen genug und übergenug. Aber was uns keiner sonst bisher gebracht hat, das ist das grausig-ironische Gegeneinander der grossen, unberührten Bergwelt und der sie schändenden, zum Vernichten kommandierten Menschen; das ist die ganz unpathetische, von Mensch zu Mensch durch gehäuftes Alltagsgeschehen sich vollziehende Auflösung einer uralten Völker- und Schicksalsgemeinschaft. Sie leben sich einfach auseinander, der Dorniger, der Prochaska, Banyan, Radevic und so weiter; es hält sie ja nichts zusammen als der Zwang; und wie der morsch und brüchig wird, das erzählt uns Hofbauer Schritt um Schritt.

Er tut es ohne Mätzchen und Kunstgriffe. Dabei ist das Buch doch sorgsam – für einen Erstling sogar staunenswert sorgsam – durchkomponiert und von bequemer Tagebuchmanier weit entfernt. Die Sprache hat eigenen Klang und plastische Kraft. Ob jene Kampf- und Greuelszenen, die wir schon von vielen Schilderern her kennen, nochmals beschrieben werden mussten, lässt sich bezweifeln. Ganz bestimmt unnötig war der (zum Glück kurze) Epilog "Zehn Jahre später", der uns die Hauptgestalt Dorniger wieder ganz in bequemes Spiessertum zurückgesunken zeigt. Denn wenn selbst das Erleben so heillos an einem Menschen vorübergehen kann – welchen Sinn, welchen Zweck hätte es dann, immer wieder vom Kriege zu erzählen? Hier hat, scheint mir, der Romandichter Hofbauer dem Erlebnisdichter einen schlimmen Streich gespielt. Aber über 340 starken Seiten darf man vier schwache immerhin ruhig verzeihen.

Alfred Kleinberg.

SPD. Kalenderberechnung im alten Rom.[x] Das lateinische Wort "calendae", von dem unser Wort "Kalender" übernommen wurde, ist von dem Worte "calare" abgeleitet, das so viel wie "ausrufen" bedeutet. In der allerfrühesten Zeit ihrer Geschichte hatten die Römer nämlich noch keine eigentliche Kalenderberechnung, sondern der Monatsbeginn wurde jeweilig nach dem Erscheinen des Mondes bestimmt (wie unsre deutsche Ausdrucksweise noch heute erkennen lässt). Die Priester mussten das Erscheinen der Mondsichel am Himmel feststellen und dann den Beginn eines neuen Monats ausrufen. Auch unsre Monatsnamen stammen ja sämtlich aus dem Lateinischen.

SPD. Erkenne dich selbst![x] Auf einem kleinen süddeutschen Bahnhof – in Uhingen – hatte der Schalterbeamte die folgende freundliche Aufforderung auf einen Papierbogen geschrieben und diese Bekanntmachung unter die übrigen geklebt:

"Eh' du auf den Beamten schimpfst
und zornig deine Nase rümpfst,
nimm, Publikum, ein Spiegelein
und schau erst einmal selbst hinein!"